

DSF

Deutsche
Stiftung
Friedensforschung

Jahresberichte DSF

Jahresbericht 2003



Jahresbericht 2003

Kontakt:

Deutsche Stiftung Friedensforschung DSF

Am Ledenhof 3–5

49074 Osnabrück

Fon 0541-600 35 42

Fax 0541-600 790 39

info@bundesstiftung-friedensforschung.de

www.bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2004 Deutsche Stiftung Friedensforschung

Gestaltung, Satz und Herstellung: Tammen GmbH, Osnabrück

Druck: Kroog, Westerkappeln

Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Germany 2004

Inhalt

	Seite
I. Vorwort	5
II. Die Fördertätigkeit der Stiftung	8
1. Die Förderung von Forschungsprojekten	8
1.1 Größere Forschungsprojekte	10
1.2 Kleinprojektförderung	14
2. Struktur- und Nachwuchsförderung	19
2.1 Postgradualer Masterstudiengang Friedensforschung und Sicherheitspolitik	19
2.2 Promotionsförderung mit Betreuungssystem	20
2.3 Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge	20
2.4 Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur Naturwissenschaft und Friedensforschung	21
III. Veranstaltungen und Aktivitäten	23
1. Veranstaltungen	23
2. Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung	25
3. Institutionelle Entwicklung	26
IV. Aufgaben und Struktur der Stiftung	27
1. Der Stiftungsrat	27
2. Wissenschaftlicher Beirat	29
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung Osnabrück	29
V. Finanz- und Wirtschaftsbericht	30
VI. Anhang	36
A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2003 in die Förderung aufgenommenen Forschungsprojekte	36
B. Forschungsprojektförderung der DSF (2001-2003) Laufende/abgeschlossene Projekte	48
C. Aus DSF-geförderten Projekten hervorgegangene Publikationen	52
D. Promotionsförderung mit Betreuungssystem – Projektübersicht	55

I. Vorwort

Der Jahresbericht 2003 informiert über die Entwicklung und die Förderbereiche der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF). Er stellt die neuen Projekte in der Forschungsprojekt- und Nachwuchsförderung vor und gibt eine Übersicht über die zurückliegenden Fördermaßnahmen und deren Ergebnisse. Die Stiftung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland mit der Zielsetzung gegründet, die Friedensforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen. Die Schwerpunkte der Stiftungsprogramme liegen in der Förderung und Initiierung wissenschaftlicher Vorhaben und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das Jahr 2003 begann für die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) mit einer unerwarteten Zäsur. Am 13. Januar verstarb der Vorsitzende des Stiftungsrates Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. In den zurückliegenden Jahren hatte er sich mit großem Nachdruck für die Gründung der Stiftung eingesetzt. Danach galt sein unermüdlicher Einsatz der Ausgestaltung des Nachwuchs- und Strukturförderungsprogramms sowie dem organisatorischen Aufbau der DSF. Mit Professor Lutz verlor die Stiftung einen engagierten Vorsitzenden und Wissenschaftler, dessen Wirken die Stiftung in ihrer Aufbauphase prägte.

Im September 2003 wählte der Stiftungsrat Prof. Dr. Volker Rittberger, Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, zum neuen Vorsitzenden. Professor Rittberger hatte die Gründungsphase der Stiftung durch seine Mitarbeit in der Struktur- und Findungskommission aktiv begleitet und gehört dem Stiftungsrat seit Oktober 2001 an.

In den beiden Vorjahren hatte die Stiftung den Grundstein für ihre Fördertätigkeit gelegt. Hierbei räumte sie zum einen der Förderung wissenschaftlicher Projekte in der Friedens- und Konfliktforschung hohe Priorität ein, wobei das Themenspektrum der geförderten Vorhaben von den Geistes- und Sozialwissenschaften bis zu den Naturwissenschaften reicht. In der Projektförderung konnte die Stiftung sechs größere Forschungsvorhaben und 17 Kleinprojekte neu bewilligen. Seit Aufnahme der Fördertätigkeit vergab die DSF somit Mittel in einer Gesamthöhe von mehr als 2,3 Millionen Euro.

Zum anderen verwirklichte die Stiftung zielstrebig das im April 2001 beschlossene Programm zur Nachwuchs- und Strukturförderung. Im Jahr 2003 bewilligte die DSF in diesem Rahmen Fördermittel zur Einrichtung von drei Masterstudiengängen, die die Ausbildungsmöglichkeiten in der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland deutlich verbessern werden. Die Bewilligung des größten Teilprojektes, der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“, steht unmittelbar bevor.

Mit den beiden Schwerpunkten in der Nachwuchs- und Struktur- sowie in der Projektförderung ist es der DSF gelungen, wichtige Akzente in Forschung und Ausbildung zu setzen, die zu einer dauerhaften strukturellen Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland beitragen können. Am Ende der ersten Aufbauphase stößt die Erfüllung des Stiftungszwecks jedoch an finanzielle Grenzen. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung

beeinträchtigt die finanziellen Fördermöglichkeiten in nicht unerheblichem Umfang. Die Stiftung ist zuversichtlich, dass ihre Anstrengungen zur Aufstockung des Stiftungsvermögens Erfolg haben werden. Damit wäre eine nachhaltige Erfüllung des Stiftungsauftrags gewährleistet.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Aufstockung des Stiftungsvermögens um zwei Millionen Euro im Jahr 2004. Hierfür sei dem Deutschen Bundestag, insbesondere den dem Stiftungsrat angehörenden Bundestagsabgeordneten Ernst-Reinhard Beck, Winfried Nachtwei und Heinz Schmitt wie auch der Stifterin, der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, an dieser Stelle sehr herzlich gedankt.

Die Vorbereitung und Umsetzung der vielfältigen Fördermaßnahmen war nur möglich durch die große Unterstützung, die die Stiftung in den zurückliegenden Monaten erfahren hat. Ein besonderer Dank gilt den zahlreichen Gutachtern und Gutachterinnen, ohne deren ehrenamtliche Mitwirkung die Arbeit nicht hätte geleistet werden können. Schließlich dankt die DSF ihren Kooperationspartnern auf der lokalen wie auch auf der überregionalen Ebene. Ohne ihre Mitwirkung könnte die Stiftung nicht die vorliegende positive Gesamtbilanz ihrer Aktivitäten ziehen.

gez. Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dieter S. Lutz

Mit Dieter S. Lutz verlor die Deutsche Stiftung Friedensforschung nicht nur ihren Vorsitzenden, sondern auch eine der großen Persönlichkeiten der Friedensforschung in Deutschland. „Frieden ist Norm auf Dauer“, so lautete seine eindringliche Forderung anlässlich der Eröffnung des Stiftungssitzes Steinwerk Ledenhof in Osnabrück im Mai 2002.

In den zurückliegenden Jahren hatte sich Lutz beharrlich für die Gründung der Stiftung eingesetzt und widmete sich anschließend unermüdlich ihrem organisatorischen Aufbau. Unmittelbar nach der Errichtung der DSF gehörte er dem Gründungsvorstand als geschäftsführendes Mitglied an und übernahm im Juni 2001 die Aufgabe des Stiftungsvorsitzenden.

Zu seinen großen Verdiensten zählt die Ausarbeitung eines Nachwuchsförderungsprogramms, um die Friedensforschung in Deutschland in ihrer Struktur dauerhaft zu stärken.

Sein besonderes Augenmerk galt der Schaffung von Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, um auf diese Weise junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Zielsetzungen der Friedensforschung gewinnen zu können.

Darüber hinaus war es ihm ein Anliegen, der naturwissenschaftlichen Friedensforschung durch die Ausschreibung einer Stiftungsprofessur eine institutionelle Grundlage zu verschaffen.

In Memoriam:
Professor Dr. Dr. Dieter S. Lutz
(1949 – 2003)



II. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Mit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 setzte die Stiftung in zwei Bereichen Prioritäten: Projektförderung sowie Nachwuchs- und Strukturförderung. War es in der ersten Phase noch möglich, den Umfang der Projektförderung durch die Verwendung von Rücklagen auszuweiten, so richtete sich die Höhe der zugewiesenen Fördermittel im Jahr 2003 an der Ertragslage der Stiftung aus. Im Vergleich zu den Vorjahren verringerte sich deshalb die Zahl der neu geförderten Projekte deutlich. Angesichts des begrenzten Fördervolumens sieht die Stiftung derzeit keine Möglichkeit, thematische Schwerpunktprogramme auszuschreiben.

Das Nachwuchs- und Strukturförderungsprogramm war zum überwiegenden Teil bereits im April 2001 durch den Stiftungsrat beschlossen worden. Für diese Fördermaßnahmen stellte die Stiftung einen Betrag von rund fünf Millionen Euro zur Verfügung, der aus dem Verzehr von Stiftungsvermögen finanziert wird. Mit Ausnahme der Fördermittel zur Einrichtung der Stiftungsprofessur Naturwissenschaft und Friedensforschung, über deren Vergabe der Stiftungsrat im März 2004 entscheiden wird, sind die einzelnen Teilprojekte bereits eingerichtet oder im Aufbau begriffen.

1. Die Förderung von Forschungsprojekten

Im Berichtszeitraum konnten zu zwei Terminen Anträge auf Förderung größerer Forschungsvorhaben gestellt werden. Insgesamt gingen bei der Geschäftsstelle 27 Anträge mit einem finanziellen Volumen von rund 3,48 Millionen Euro ein. Darüber hinaus nahm die Stiftung 28 Kleinprojektanträge in das Begutachtungsverfahren auf. Hier addierte sich die Summe der beantragten Mittel auf rund 190 Tsd. Euro.

Maßgeblich für die Förderpraxis der Stiftung sind die Leitlinien der Forschungsförderung für die Jahre 2000 bis 2004, die im Januar 2001 von der Struktur- und Findungskommission unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ vorgelegt worden waren. Hierin sind drei Themenkomplexe ausgeführt, die einen inhaltlichen Rahmen für die Projektförderung bilden:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

In den „Rahmenbedingungen Forschungsförderung“ sind die Modalitäten der Antragstellung und des Entscheidungsverfahrens sowie die wissenschaftlichen Prüfkriterien erläutert. Wichtige Kriterien sind neben der wissenschaftlichen Qualität des beantragten Vorhabens auch die Berücksichtigung von Transferüberlegungen und von strukturellen Defiziten.

Maßgeblich für die Antragstellung sind die Leitfäden der DSF, die Auskunft über die jeweiligen Modalitäten geben. Mit Beschluss vom September 2003 ergänzte der Stiftungsrat die Leitfäden um eine einheitliche Regelung für die Bewirtungskosten. Außerdem legte er die Gestaltung der Abschlussberichte nach Ablauf eines Forschungsvorhabens fest. Neben einem knappen Bericht über die Projektziele und den Verlauf der Untersuchung erhält die Stiftung eine allgemeinverständliche, aber wissenschaftlich ausgerichtete Zusammenfassung der Projektergebnisse, die in der Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht werden kann.

Die Stiftung unterscheidet in ihren Bewilligungsverfahren zwischen größeren und kleineren wissenschaftlichen Projekten:

1. Größere wissenschaftliche Projekte können für eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren beantragt werden. Die Höchstfördersumme beträgt 150 Tsd. Euro. Die Anträge sind jeweils zu zwei festen jährlichen Antragsterminen (15. Juni/15. Dezember) einzureichen. Gefördert werden aus diesen Mitteln sowohl Forschungsprojekte als auch größere Tagungen. Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens werden zu jedem Antrag mindestens zwei externe Fachgutachten eingeholt. Die Bewilligung erfolgt durch den Stiftungsrat.
2. Kleinprojekte sind durch die Antragssumme von maximal 25 Tsd. Euro definiert. Hierzu zählen Tagungen und Workshops, kleinere Studien wie auch wissenschaftliche Veröffentlichungen. Anträge können fortlaufend eingereicht werden und werden nach Einholung eines externen Fachgutachtens in der Regel vom Geschäftsführenden Vorstand der Stiftung bewilligt. Zur Förderung von Kleinprojekten stehen jährlich Fördermittel in Höhe von 100 Tsd. Euro bereit.

1.1. Größere Forschungsprojekte

Konnten im Jahr 2002 noch insgesamt 17 größere Forschungsvorhaben bewilligt werden, so verringerte sich die Zahl im Berichtszeitraum auf sechs Projekte. Der Grund für diesen Rückgang liegt darin, dass im Vorjahr Überschüsse aus dem Ertrag des Stiftungsvermögens zur Verfügung standen, die einer zeitnahen Verwendung zugeführt werden sollten. Das Fördervolumen der neu bewilligten Projekte im Jahr 2003 beläuft sich auf insgesamt 754 Tsd. Euro. Maßgeblich für die Zurechnung zum jeweiligen Kalenderjahr ist der Zeitpunkt der Bewilligung, die Antragstellung erfolgt in der Regel bereits zu den Vorjahresterminen. Auf das gesamte Jahr berechnet betrug die Förderquote rund 32 Prozent.

Aus den insgesamt elf eingereichten Projektanträgen zum 15. Juni 2002 bewilligte der Stiftungsrat folgende vier Forschungsvorhaben:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: Juni 2002	
<p>Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara</p> <p>Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate: Mai 2003–April 2005</p>	<p>Projektleiter: Dr. Michael Brzoska Bonn International Center for Conversion (BICC)</p>
<p>Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive</p> <p>Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate: Februar 2003–Januar 2005</p>	<p>Projektleiterin: Prof. Dr. Ute Daniel Technische Universität Braunschweig Institut für Geschichte</p>
<p>Der Beitrag des zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo</p> <p>Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate: Juli 2003–Juni 2005</p>	<p>Projektleiter: Dr. Ulrich Ratsch Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg</p>
<p>Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post-Conflict Peacebuilding</p> <p>Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate: Januar 2003–Dezember 2004</p>	<p>Projektleiter: Dr. Wolfgang Zellner Centre for OSCE Research (CORE), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg</p>

Das Fördervolumen der Vorhaben beläuft sich für einen Zeitraum von zwei Jahren auf rund 560 Tsd. Euro. Die Förderquote dieser Antragsrunde beträgt 36 Prozent.

Mit den neu bewilligten Projekten trägt die Stiftung dazu bei, neue Felder in der Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen. Besonderen Wert legt sie hierbei nicht nur auf innovative Forschungskonzeptionen, sondern auch auf Transfermöglichkeiten in die politische Praxis. Das Forschungsprojekt zum Einsatz des Zivilen Friedensdienstes im ehemaligen Jugoslawien untersucht die Grenzen und Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung. Im Zentrum steht die Rolle nichtstaatlicher Akteure und deren Verhältnis zu den Konfliktparteien.

Im Projekt zum Aufbau multiethnischer Polizeieinheiten geht es um die Wiederherstellung staatlicher Institutionen im Bereich der Sicherheit. Untersucht werden die Erfahrungen der Polizeiausbildungsmissionen der OSZE. Beide wissenschaftlichen Projekte befassen sich mit politisch hochaktuellen Problemstellungen, wie z.B. nach Einstellung gewaltsamer Auseinandersetzungen stabile Friedensordnungen aufgebaut werden können.

Das Projekt zur Rolle externer Akteure in Bürgerkriegsökonomien setzt sich am Beispiel afrikanischer Staaten mit der Frage von äußeren ökonomischen Einflussfaktoren auf die Dynamik gewaltsamer Konflikte auseinander. Hierzu zählen die Verbindungen zu den internationalen Märkten, Waffenkäufe und die Geldströme, die aus der Rohstoffförderung stammen. Die Ergebnisse sollen auch dazu beitragen, nichtmilitärische Interventionsmöglichkeiten auszuloten, um Bürgerkriegsökonomien einzudämmen.

Mit der Förderung der Untersuchung zur Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert nahm die Stiftung erstmalig ein historisches Forschungsprojekt in die Förderung auf. Mit einem kulturwissenschaftlichen Ansatz werden insbesondere die Akteure, die Journalisten und Journalistinnen, und ihre Praxiserfahrungen in Kriegs- und Krisengebieten untersucht. Anknüpfungspunkte ergeben sich hierbei zu den bereits geförderten Vorhaben, die sich mit der Rolle von Medien in Konflikt- und Friedensprozessen befassen.

Zum 15. Dezember 2002 war die Zahl der eingereichten Anträge auf Projektförderung leicht rückläufig. In das Begutachtungsverfahren der Stiftung wurden neun Vorhaben mit einem Antragsvolumen von 994 Tsd. Euro aufgenommen. Im Juli 2003 bewilligte der Stiftungsrat zwei Forschungsprojekte:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: 15. Dezember 2002	
<p>Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien – Eine Analyse der geopolitischen Diskurse Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate: Februar 2004–Januar 2006</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Paul Reuber und Dr. Günther Wolkersdorfer Universität Münster Institut für Geographie</p>
<p>Die Wirkungsweise gewaltfreier Praxis: Zentrale Konfliktaustragungskonzepte im interkulturellen Vergleich Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate April 2004–März 2006</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Heinz-Günter Stobbe Universität Siegen Katholische Theologie</p>

Das Fördervolumen der beiden Projekte beträgt rund 200 Tsd. Euro. Die Förderquote dieser Antragsrunde liegt bei 25 Prozent.

Mit der Bewilligung des in der Geographie angesiedelten Projektes zur Bedeutung geopolitischer Diskurse nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 konnte die Stiftung eine Fachdisziplin in die Friedensforschung einbinden, die bisher noch kaum vertreten ist. Untersucht wird die Medienberichterstattung über die Terroranschläge vom September 2001, den anschließenden Krieg in Afghanistan sowie die Diskussionen zum Irak-Krieg. Im Zentrum der Studie stehen die geopolitischen Krisendiskurse und ihre territorialisierenden Codes sowie die damit verbundenen Interessenlagen der Akteure. Es fügt sich ein in die bereits geförderten Projekte der DSF zur Rolle der Medien in Konflikten und in friedenskonsolidierenden Prozessen, die in verschiedenen Fachdisziplinen verankert sind.

Das Forschungsvorhaben zur Wirkungsweise gewaltfreier Praxis öffnet den Blick auf die Bedingungen gewaltfreien Konfliktaustrags im interkulturellen Vergleich. Es geht aus von der Beobachtung, dass die Hauptprotagonist/Innen gewaltfreier Konzepte in unterschiedlichen kulturellen Räumen verankert sind. Untersucht werden deshalb die religiösen und weltanschaulichen Grundlagen und die Wirkungsweise von Gewaltlosigkeit in Form eines systematischen Vergleichs.

Die Zahl der eingereichten Anträge nahm im Berichtszeitraum eine erfreuliche Entwicklung. So gingen im Juni 2003 bei der Geschäftsstelle der Stiftung 16 Anträge auf Projektförderung ein, die alle in das Begutachtungsverfahren aufgenommen werden konnten. Das finanzielle Volumen der beantragten Fördermittel belief sich auf rund zwei Millionen Euro. Im November 2003 stellte der Stiftungsrat für zwei Projekte eine Förderung in Aussicht. Dies entspricht einer Förderquote von lediglich 12,5 Prozent. Die Ursache für diese vergleichsweise geringe Zahl an Bewilligungen liegt nicht zuletzt in der Ertragslage der Stiftung, der ein sehr begrenztes Budget für die Projektförderung zur Verfügung steht. Zum 15. Dezember 2003 wurden elf neue Forschungsvorhaben eingereicht, die bis auf eine Ausnahme in das Begutachtungsverfahren der DSF aufgenommen wurden. Die Antragssumme lag bei insgesamt 1,45 Millionen Euro.

Die DSF strebt eine stärkere interdisziplinäre Vernetzung der Projektnehmer und -nehmerinnen an, wofür sich insbesondere diejenigen Forschungsvorhaben anbieten, die sich thematischen Schwerpunkten zuordnen lassen. Zielsetzung ist nicht nur eine fachübergreifende wissenschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch eine Bestimmung zukünftiger Forschungsperspektiven in den jeweiligen Themengebieten. Darüber hinaus sollen mit der Hinzuziehung von Fachleuten aus der Praxis die Möglichkeiten des Ergebnistransfers bzw. Rückkopplungen aus der Praxis in die Wissenschaft ausgelotet werden.

Ein erster interdisziplinärer Workshop mit Projektnehmern und -nehmerinnen, die sich mit der Rolle von Medien in Konflikt- und Friedensprozessen auseinandersetzen, wird in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) bereits im Januar 2004 stattfinden. Ein weiterer Workshop zum Themenkreis Aufbau und Konsolidierung von Friedensordnungen soll zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Im Berichtszeitraum gingen aus den DSF-geförderten Projekten erste wissenschaftliche Ergebnisse hervor, die meist in Form von Zeitschriftenartikeln oder Beiträgen in Sammelbänden veröffentlicht wurden (s. Anhang C). Abgeschlossen wurde im Jahr 2003 das Projekt „Nanotechnologie und präventive Rüstungskontrolle“. Die Publikation der Forschungsergebnisse ist derzeit noch in Vorbereitung. Im kommenden Jahr werden weitere Projekte aus der ersten Förderrunde auslaufen und die Stiftung in die Lage versetzen, in größerem Umfang Ergebnisse zu präsentieren.

1.2. Förderung von Kleinprojekten

Im Berichtsjahr gingen bei der Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück insgesamt 28 Anträge auf Kleinprojektförderung mit einem Gesamtvolumen von rund 190 Tsd. Euro ein. Nicht hinzu gerechnet sind allerdings Anfragen in größerer Zahl, die zu keiner formalen Antragstellung führten.

Insgesamt wurden im Jahr 2003 17 Kleinprojekte mit einem Fördervolumen von rund 101 Tsd. Euro bewilligt. Die Förderquote lag bei etwa 60 Prozent der begutachteten Anträge. Hiervon entfielen 10 Bewilligungen auf Tagungen und Workshops (63 %), vier auf wissenschaftliche Publikationen (25%) und zwei auf kleinere Forschungsvorhaben (13%). Die folgenden Auflistungen geben eine Übersicht über die geförderten Projekte:

Bewilligte wissenschaftliche Tagungen/Workshops im Jahr 2003	
Prof. Dr. Thomas Bruha, Universität Hamburg Prof. Dr. Thilo Marauhn, Universität Gießen Dr. Sebastian Heselhaus, Universität Gießen	Legalität, Legitimität und Moral – Können Gerechtigkeitspostulate Kriege rechtfertigen? 11.–12. September 2003
Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität zu Köln	Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts 30. Oktober – 1. November 2003
Dr. Linda Helfrich, Universität Frankfurt a. M. Dr. Sabine Kurtenbach, Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg Cristina Hoyos-Koerbel, HU Berlin	Kolumbien – Wege aus der Gewalt Internationale Fachkonferenz 27.–28. Juni 2003
Prof. Dr. Egbert Jahn, Universität Mannheim	Die Zukunft des Friedens. Sichtweisen jüngerer Generationen der Friedens- und Konfliktforscher 24.–26. Oktober 2003
Dr. Bernd W. Kubbig, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.	Arbeitskreis-Serie zum Brandherd Persischer Golf „Diplomatie Zuerst!“ und Raketenabwehr im amerikanischen, regional- und weltordnungspolitischen Kontext September 2002 – Januar 2003
Prof. Dr. Thilo Marauhn, Universität Gießen	The Future of Arms Control Law 15.-16. Mai 2003
Thomas Rödl, Koordinationsbüro des Trägerkreises Friedenskonferenz München	Friedenskonferenz. „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!“ 19. März 2003
Prof. Dr. Hajo Schmidt, FernUniversität Hagen	Kriegsbegründungen. Strategien der Legitimierung und Legalisierung militärischer Gewalt in der Geschichte 30.–31. Januar 2004
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) in Kooperation mit der DSF und dem IFSH	Verpflichtung zum Frieden. Neue Herausforderungen – bewährte Antworten? Kooperationsveranstaltung - in memoriam Dieter S. Lutz 22.–23. November 2003

Die Förderung von Tagungen erhält einen hohen Stellenwert in der Förderpraxis der DSF, da hierüber wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung geleistet werden können. Dies gilt sowohl für die innerwissenschaftlichen Diskurse als auch für politisch aktuelle Themenstellungen, so z. B. die Krisenentwicklung im Persischen Golf, die gewaltsame Konfliktaustragung in Kolumbien oder die Frage gerechter Kriege im Völkerrecht. Durch die Förderung historisch ausgerichteter Tagungen, etwa in der Frage der Kriegsbegründungen oder der Rolle von Emotionen in der Politik, suchte die Stiftung, Fragen der Gegenwart aus einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive zu beleuchten. Schließlich unterstützte die DSF Tagungen, deren Zielsetzung in der Selbstreflexion der Friedens- und Konfliktforschung besteht. Die Tagung „Die Zukunft des Friedens“ führte insbesondere jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammen, die ihre wissenschaftlichen Konzepte und Theorien diskutierten. Der Workshop „The Future of Arms Control Law“ diente dem Ziel, die Chancen auf neue rechtliche Lösungen im Bereich der internationalen Rüstungskontrolle auszuloten.

Aus nahezu allen DSF-geförderten Tagungen werden Veröffentlichungen hervorgehen.

Die von der DSF geförderte und in Kooperation mit der VDW und dem IFSH durchgeführte Konferenz „Verpflichtungen zum Frieden“ diskutierte ganz im Sinne des verstorbenen Vorsitzenden Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, dem die Tagung gewidmet war, die aktuellen Herausforderungen für die Friedensforschung. Auf der Tagung würdigten Prof. Dr. Rittberger als Vorsitzender der Stiftung und Prof. Dr. Horst Fischer, Institut für Friedenssicherung und Humanitäres Völkerrecht der Universität Bochum, das Werk von Dieter Lutz, insbesondere sein Engagement bei der Entstehung der Deutschen Stiftung Friedensforschung.

In Ergänzung zu den geförderten Tagungen und Workshops beteiligte sich die Stiftung als Kooperationspartner an einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Krieg und Gewalt im 21. Jahrhundert“, die federführend von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet und vom Veranstaltungsforum der Holtzbrinck-Gruppe organisatorisch durchgeführt wurde. Damit zeigte die Stiftung erstmals auch in der Bundeshauptstadt Berlin eine öffentliche Präsenz. Die Podiumsdiskussionen behandelten folgende Themenkomplexe:

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| 1. Veranstaltung: | 28. Mai 2003 | „Kriegsfolgen“ |
| 2. Veranstaltung: | 15. Oktober 2003 | „Kriege der Zukunft“ |
| 3. Veranstaltung: | 10. Dezember 2003 | „Gibt es den gerechten Krieg?“ |
| 4. Veranstaltung: | 12. Februar 2004 | „Kriege der Zukunft – Zukunft der Kriege“ |

An den vier jeweils gut besuchten Podiumsdiskussionen beteiligten sich Vertreter/Innen aus Wissenschaft, Politik und Medien. Am Rande der Veranstaltungen stellte sich die Stiftung mit einer kleinen Ausstellung vor. Hierbei wurden auch DSF-geförderte Projekte in Form von Projektplakaten vorgestellt.

Im Rahmen der Kleinprojektförderung bewilligte die Stiftung zwei kleinere Forschungsvorhaben:

Bewilligte Forschungsvorhaben (Kleinprojekte)	
Dr. Stephan Böckenförde, Berlin	Die War Powers Resolution als Modell für ein Entsendegesetz?
Prof. Dr. Michael Diehl und Jens Binder Universität Tübingen	Entscheidungsfindung in multilateralen Konflikten

Das in der Sozialpsychologie angesiedelte Projekt „Entscheidungsfindung in multilateralen Konflikten“ wagt sich auf wissenschaftliches Neuland vor und wird einen Beitrag zur Grundlagenforschung im Bereich der Konfliktbearbeitung leisten. In Konflikten mit mehr als zwei Parteien steigt auch die Komplexität der Situation an, so dass Entscheidungsregeln vereinbart werden müssen, um in multilateralen Verhandlungen einen Konsens zu erreichen. Die Zielsetzung des Projektes besteht darin, ein Modell multilateraler Mediation zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatte um die Verabschiedung eines Parlamentsbeteiligungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag untersucht die Studie „Die War Powers Resolution als Modell für ein Entsendegesetz“ die Praxis im Zusammenhang mit der War Powers Resolution in den USA. Aus den amerikanischen Erfahrungen sollen Rückschlüsse auf die Ausgestaltung eines deutschen Verfahrensgesetzes gezogen werden.

Schließlich fördert die Stiftung im Rahmen der Kleinprojektförderung in begrenztem Umfang Publikationsvorhaben. Hierzu zählen insbesondere Veröffentlichungen, die aus DSF-geförderten Tagungs- und Forschungsprojekten hervorgehen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Förderung von Publikationen, die grundlegende und innovative Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung leisten. Im Jahr 2003 wurden folgende Projekte gefördert, von denen die Mehrzahl zeitnah erschienen ist:

Bewilligte Druckkostenzuschüsse im Jahr 2004	
Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt	Biotechnology and the Biological Weapons Convention. Münster 2003
Dr. Johanna Rupprecht, Universität München	Frieden durch Menschenrechtsschutz: Strategien der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Menschenrechte weltweit. Baden-Baden 2003
Prof. Dr. Albrecht Weber, Universität Osnabrück	Menschenrechte – Texte und Fallpraxis. München 2003
Prof. Dr. Ruth Seifert, FH Regensburg	Gender, Identität und kriegerischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien. Münster 2004

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 bewilligte die Stiftung insgesamt 45 Kleinprojekte mit einem Finanzvolumen von rund 280 Tsd. Euro. Der weitaus größte Anteil der Fördermittel wurde für die Durchführung von Tagungen und Workshops bewilligt. Damit verwirklichte die Stiftung eine wichtige Zielsetzung, die inner- und vor allem interdisziplinäre Vernetzung der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen und einen wissenschaftlichen Beitrag zu aktuellen politischen Herausforderungen zu leisten.

Nachdem die Stiftung bereits über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren Kleinprojekte förderte, schien der Zeitpunkt gekommen, die Förderpraxis und ihre Ergebnisse einer Evaluierung zu unterziehen. Der Stiftungsrat beschloss auf seiner Sitzung im November 2003, eine dreiköpfige Kommission, die sich aus einem Mitglied des Stiftungsrates (Dr. Martina Fischer), des Wissenschaftlichen Beirates (Dr. Corinna Hauswedell) und einem externen Wissenschaftler (Prof. Dr. Günter Bierbrauer) zusammensetzt, zu berufen. Die Kommission wird ihre Ergebnisse im Lauf des Jahres 2004 vorlegen.

2. Das Programm zur Nachwuchs- und Strukturförderung

Das Programm zur Nachwuchs- und Strukturförderung gliedert sich in vier Teilprogramme, die strukturelle Defizite der Friedens- und Konfliktforschung in den Bereichen Ausbildung, Qualifizierung und Forschung beseitigen sollen. Hierzu fördert die Stiftung innovative Studiengangprojekte und Programme der Doktorandenförderung an verschiedenen Hochschulstandorten in Deutschland. Darüber hinaus hat sie Fördermittel zur Einrichtung einer Stiftungsprofessur in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung ausgeschrieben, um eine erstmalige Institutionalisierung dieses zentralen Forschungsfeldes zu ermöglichen. Im Folgenden wird der Stand der jeweiligen Teilprojekte zusammengefasst.

2.1. Postgradualer Masterstudiengang Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Der Studienbetrieb des postgradualen Masterstudiengangs Friedensforschung und Sicherheitspolitik konnte bereits im Oktober 2002 aufgenommen werden. Getragen wird das interdisziplinär angelegte Studienangebot vom Kooperationsverbund deutscher Friedensforschungsinstitute. Eine Zertifizierung erfolgt durch die Universität Hamburg, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) übernimmt federführend die Betreuung des Projektes. Der einjährige Masterstudiengang wird durch die DSF mit bis zu 15 Stipendien sowie mit Personal- und Sachmitteln über einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert. Der DAAD stellt weitere 10 Stipendien für Studierende aus dem südosteuropäischen Raum zur Verfügung. Zielgruppe für das Studienangebot sind Personen, die bereits ein Hochschulstudium absolviert haben, über berufliche Erfahrungen verfügen und eine Zusatzqualifikation im Bereich der Friedensforschung und Sicherheitspolitik erwerben wollen, die ihnen neue berufliche Perspektiven in der Wissenschaft oder in wissenschaftsnahen Bereichen, in nationalen und internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen eröffnen.

Schon für das erste Studienjahr ging eine Vielzahl qualifizierter Bewerbungen ein. Im Zeitraum von Oktober 2002 bis August 2003 absolvierte der erste Jahrgang mit 27 Teilnehmern und Teilnehmerinnen das Masterprogramm. Im Oktober 2003 konnten in einer Feierstunde, an der auch der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, und der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Rittberger, teilnahmen, die ersten Urkunden überreicht werden.

Für das zweite Studienjahr lagen über 160 Bewerbungen aus dem In- und Ausland vor, die die große Attraktivität des Studienangebots unter Beweis stellen. Trotz der deutlich gestiegenen Bewerberzahl konnten nicht mehr als 26 Studierende für das Masterprogramm zugelassen werden.

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Bereits im Dezember 2001 waren die ersten Fördermittel für eine Promotionsförderung mit Betreuungssystem an die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt a. M.) und an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg vergeben worden. Im April 2002 konnte schließlich auch der Antrag des Zentrums für Konfliktforschung an der Universität Marburg bewilligt werden. Die Stiftung verzichtete bewusst auf eine eigenständige Vergabe der Stipendien und übertrug diese Aufgabe an die geförderten Institute. Im Gegenzug verpflichteten sich diese, den Ausschreibungskriterien entsprechend ein Betreuungssystem für die Promovierenden aufzubauen. Die Stiftung stellte jeweils Fördermittel zur Finanzierung von acht zweijährigen Stipendien mit zugehöriger Sachausstattung zur Verfügung. Der Förderzeitraum erstreckt sich auf vier Jahre, so dass jede Einrichtung zweimal vier Stipendien vergeben kann. Im Zeitraum von Oktober 2002 bis Mai 2003 wählten die geförderten Institutionen die Stipendiaten und Stipendiatinnen aus. Im Rahmen der Promotionsförderung werden derzeit insgesamt 12 Forschungsthemen bearbeitet. (s. Anhang D)

2.3. Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge

Mit der Ausschreibung von Fördermitteln zur Einrichtung von Masterstudiengängen „Friedens- und Konfliktforschung“ verfolgte die Stiftung die Zielsetzung, interdisziplinäre Ausbildungsangebote an deutschen Hochschulen zu schaffen. Einschlägige Studienabschlüsse konnten bis dahin nur im Ausland erworben werden. Um die Studienangebote auch strukturell stärken zu können, fasste die Stiftung den Beschluss, die Mittel für die Exzellenzförderung mit der Studiengangsförderung zu verknüpfen. Damit war es möglich, die Masterstudiengänge mit zusätzlichen Dozentenstellen auszustatten. Vorgesehen war mit Blick auf die Nachwuchsförderung eine Ausschreibung von Juniorprofessuren.

Nachdem die Ausschreibung eine unerwartet große Resonanz ausgelöst hatte, wählte die von der Stiftung eingesetzte Gutachterkommission die drei aussichtsreichsten Bewerbungen aus und legte dem Stiftungsrat im Januar 2003 das Ergebnis ihrer Arbeit zur weiteren Entscheidung vor. Das oberste Entscheidungsorgan der DSF folgte der Empfehlung der Kommission und bewilligte zunächst zwei Projekte:

- **Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ an der Universität Tübingen**
- **Master in Peace Studies an der FernUniversität Hagen**

Die Bewerbung der Universität Marburg wurde zurückgestellt, um dem federführenden Zentrum für Konfliktforschung die Möglichkeit zu geben, die Studiengangskonzeption gemäß den Vorgaben der Gutachterkommission und der Stiftung zu präzisieren. Im Juli 2003 bewilligte der Stiftungsrat auch dieses Projekt:

- **Master in Peace and Conflict Studies an der Universität Marburg**

Alle drei Studiengangprojekte erhalten eine Förderung für einen Zeitraum von fünf Jahren. Im Anschluss haben sich die Hochschulen dazu verpflichtet, die Angebote im selben

Umfang mit eigenen Mitteln weiter zu führen. Zur strukturellen Stärkung bewilligte die Stiftung der Universität Tübingen und der Universität Marburg jeweils eine Juniorprofessur, die im Berichtszeitraum ausgeschrieben wurden. Auf Antrag der Universität Tübingen wandelte der Stiftungsrat die bewilligte Juniorprofessur im Juli 2003 in eine C3-Professur um, die über die fünfjährige Initiativförderung der DSF hinaus erhalten bleiben wird. Die Professuren werden voraussichtlich im Sommer 2004 besetzt werden. Für den Masterstudiengang an der Fernuniversität Hagen finanziert die Stiftung aufgrund der spezifischen Anforderungen eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle. Die Masterprogramme werden im Wintersemester 2004/05 ihren Studienbetrieb aufnehmen.

2.4. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“

Im Sommer 2002 schrieb die DSF das letzte und größte Teilprojekt im Rahmen des Programms zur Nachwuchs- und Strukturförderung aus: die Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“. Zuvor hatte der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker seine Zustimmung gegeben, der Professur seinen Namen zu verleihen. Mit diesem Projekt verfolgt die Stiftung die Zielsetzung, die naturwissenschaftliche Friedensforschung dauerhaft an einer deutschen Hochschule zu verankern und auf diese Weise ein anhaltendes strukturelles Defizit zu beseitigen.

Um die Fördermittel bewarben sich zwei Hochschulen, die über einschlägige Forschungskompetenzen und -erfahrungen verfügen. Im Herbst 2002 berief die DSF eine international besetzte Gutachterkommission, der unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg) folgende Mitglieder angehörten:

Prof. em. Dr. Hans Peter Dürr

Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik, München

Prof. Dr. Jörg Hüfner

Institut für theoretische Physik, Universität Heidelberg

Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani

Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF), Kiel

Dr. Ulrich Ratsch

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Prof. Dr. Paul F. Walker

Programmdirektor „Weapons of Mass Destruction“ Global Green USA, Washington, DC

Prof. Dr. Sigmar Wittig

Vorsitzender des Vorstandes Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), Köln

Die Kommission wertete die Bewerbungsunterlagen aus und unterzog im Oktober 2003 die Hochschulen einer Begehung. Im Dezember 2003 legte die Kommission dem Stiftungsrat das Ergebnis ihrer Arbeit vor. Sie empfahl, die Fördermittel an die Universität Hamburg zu vergeben. Der Stiftungsrat wird im März 2004 abschließend über die Vergabe der Fördermittel zur Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur entscheiden.

Das Nachwuchs- und Strukturförderungsprogramm der DSF

Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge:	
<p>Universität Tübingen: „Friedensforschung und Internationale Politik“, C3-Professur Internet: http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/ab2menu.htm</p>	Beginn: WS 2004/2005
<p>FernUniversität Hagen: „Master in Peace Studies“ Internet: http://www.fernuni-hagen.de/</p>	Beginn: WS 2004/2005
<p>Philipps-Universität Marburg: „Peace and Conflict Studies“, Juniorprofessur Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/</p>	Beginn: WS 2004/2005
Postgradualer Masterstudiengang:	
<p>Friedensforschung und Sicherheitspolitik / Master of Peace and Security Studies Internet: http://www.ifsh.de/studium/masterdetails.php</p>	Beginn: Oktober 2002
Strukturierte Promotionsförderung:	
<p>Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. Internet: http://www.hsfk.de/</p>	Beginn: November 2002–Januar 2003
<p>Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Internet: http://www.ifsh.de/</p>	Beginn: Oktober 2002
<p>Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/</p>	Beginn: Januar–Mai 2003
Stiftungsprofessur:	
<p>Carl Friedrich von Weizsäcker–Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ Internet: http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/html/stiftungsprofessur.html</p>	Beginn: voraussichtlich Sommer 2005

III. Veranstaltungen und Aktivitäten

1. Veranstaltungen

Die ersten Monate des Jahres 2003 waren von der Irak-Krise bestimmt. Die Geschäftsstelle der Stiftung erhielt zahlreiche Anfragen der Medien für Interviews und Sachauskünfte, die in der Mehrzahl an einschlägige Spezialisten weitergeleitet wurden. Darüber hinaus veranstaltete die Stiftung in Kooperation mit der DGVN und den Osnabrücker Friedensgesprächen eine Podiumsdiskussion zum Thema **„Der Irak-Konflikt und die Folgen – Zerfällt die UNO?“** An diesem offenen Meinungsaustausch nahmen je ein Vertreter des amerikanischen Konsulats aus Hamburg, des Auswärtigen Amtes und der DGVN teil.

Im Jahr 2003 setzte die Stiftung eine im Vorjahr begonnene Tradition fort, im Stiftungssitz Steinwerk Ledenhof Ausstellungen zu zeigen. Hierfür konnte die Stiftung jeweils auf Angebote von Kooperationspartnern zurückgreifen. Zunächst wurde in Zusammenarbeit mit dem Kulturgeschichtlichen Museum Osnabrück eine Ausstellung mit Holzmodellen zum Thema „Synagogenarchitektur in Deutschland“ gezeigt.

In Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit folgte die Ausstellung „Visa for Life“. Sie dokumentierte die Geschichte internationaler Diplomaten, die sich für die Rettung jüdischer Menschen aus dem nationalsozialistischen Deutschland einsetzten.

Von Juni bis September 2003 folgte die Ausstellung „Friedensnobelpreisträger“, die aus Anlass der Friedensnobelpreisverleihung an die Vereinten Nationen im Jahr 2000 in New York erstmals gezeigt worden war. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) wurde die Ausstellung in Anwesenheit des Botschafters des Königreichs Norwegen feierlich eröffnet.

Dan Bar-On, Björn Tore Godal



Björn Tore Godal,
Botschafter des
Königreichs Norwegen



Die Veranstaltungsräume im Steinwerk Ledenhof nutzte die Stiftung für Kooperationsveranstaltungen, so z. B. mit der Volkshochschule Osnabrück, der Remarque-Gesellschaft, der Bürgerstiftung Osnabrück oder dem Osnabrücker Forum der DGVN. Im September 2003 fand die Herbsttagung des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheitspolitik (FONAS) im Ledenhof statt, die sich mit der Entwicklung biologischer Waffen, der Weiterverbreitung radioaktiver Materialien, den Entwicklungen in der Raketenrüstung und Minendetektion sowie mit der drohenden militärischen Nutzung des Weltraumes befasste. Über diese Aktivitäten ist es der Stiftung gelungen, ein Forum für Wissenschaft und Kultur zu entwickeln, das sich vorzüglich in das Profil der Friedensstadt Osnabrück einfügt.



Prof. Dr. Jens Naumann, Präsidium der DGVN; Thomas Held, Björn Tore Godal, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip (v. l. n. r.)

Der Renaissance-Saal im Steinwerk Ledenhof



2. Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung

Der Geschäftsführer empfing im Stiftungssitz zahlreiche Besuchergruppen, die sich über die Aktivitäten der Stiftung informierten. Darüber hinaus stellte er die Stiftung auf der „Jahrestagung der deutschen Volkshochschulen“ in Osnabrück vor. Einen wichtigen Beitrag für die Öffentlichkeitsarbeit leistete die Veranstaltungsreihe der BBAW in der Hauptstadt Berlin. Die Einladungen wurden an einen großen Verteilerkreis ausgesandt. Die Stiftung präsentierte sich auf vier gut besuchten Veranstaltungen nicht nur als Kooperationspartnerin, sondern auch mit einer Ausstellung zur Fördertätigkeit.

Im November 2003 beteiligte sich die DSF am 1. Osnabrücker Stiftungstag mit Ausstellungs- und Informationsmaterialien. Das Informationsangebot durch die Internetpräsenz wurde systematisch ausgeweitet. Eine englische Fassung der zentralen Informationsseiten ist in Vorbereitung. Die Besucherzahlen der Website sind im Jahr 2003 deutlich angestiegen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung stehen ferner Faltblätter zur Verfügung, die teilweise auch in englischer Sprache vorliegen. Für das kommende Jahr werden zwei Publikationsreihen der Stiftung vorbereitet, in welchen die Jahresberichte und die Forschungsergebnisse aus den geförderten Projekten veröffentlicht werden. Eine zusammenfassende Darstellung der Stiftungsentwicklung und Fördertätigkeit wurde in Heft 4/2003 der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ veröffentlicht.*

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands und der Geschäftsführer nahmen an zahlreichen Tagungen und Veranstaltungen von Organisationen der Friedens- und Konfliktforschung teil. Darüber hinaus waren sie als Beobachter auf mehreren DSF-geförderten Konferenzen anwesend. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden machte Prof. Rittberger erste Antrittsbesuche, so z. B. in der Friedensstadt Osnabrück, dem Sitz der Stiftung. In seiner Funktion nahm er an der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen teil, die am 28./29. November 2003 in Osnabrück stattfand.

Im April 2003 richtete die FDP-Bundestagsfraktion eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung, in der sie Fragen zur Entwicklung der Deutschen Stiftung Friedensforschung formulierte. Die Stiftung stellte dem zuständigen Bundesministerium für Bildung und Forschung die gewünschten Informationen zur Verfügung. Die entsprechenden Fragen und Antworten sind als Drucksache des Bundestages unter der Ordnungsnummer 15/868 erhältlich.

* Thomas Held: Förderprogramme Friedensforschung. Bilanz und Perspektiven der Deutschen Stiftung Friedensforschung. In: Wissenschaft und Frieden 21 (2003) 4, S. 6-10.

3. Institutionelle Entwicklung der Stiftung

Am 23. Januar 2003 besuchte Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung, den Stiftungssitz Steinwerk Ledenhof in Osnabrück. Seitens der Stiftung nahmen die stellvertretende Vorsitzende Christiane Lammers und der Geschäftsführer Thomas Held an dem Informationsgespräch teil. Der Geschäftsführer berichtete über den Stand des institutionellen Aufbaus und der Fördertätigkeit der Stiftung. Im Anschluss wurden die weiteren Perspektiven der Stiftung erörtert und insbesondere auf die Notwendigkeit einer verbesserten Kapitalausstattung hingewiesen.

Im Juli 2003 nahm der Bundesrechnungshof (BRH) seinen satzungsgemäßen Auftrag wahr und unterzog die Stiftung einer ersten Prüfung. Er kam damit in erster Linie seiner Beratungsaufgabe nach, wofür nach Abschluss der Aufbauphase der Stiftung ein günstiger Zeitpunkt gegeben schien. Im November desselben Jahres legte der BRH das Ergebnis seiner Arbeit in Form einer Prüfmitteilung vor. Hierin stellte er u. a. fest, dass „die Aufwandsstruktur der Stiftung kaum zu optimieren“ sei. Kritisch äußerte sich der Bericht insbesondere zum Kapitalverzehr für Förderaktivitäten, der die Substanz der Stiftung zu beeinträchtigen drohe. Eine nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks sei auf der Grundlage der gegenwärtigen Kapitalausstattung und Ertragslage nur dann gewährleistet, wenn dem Stiftungsvermögen nach dem Kapitalverzehr wieder Mittel in entsprechender Höhe zugeführt würden.

IV. Aufgaben und Struktur der Stiftung

1. Der Stiftungsrat

In der Satzung sind die Aufgaben und Ziele sowie die Struktur der Stiftung festgehalten. Der Vorstand der Stiftung ist der Stiftungsrat. Seine Mitglieder werden von der Stifterin berufen. Er legt die Leitlinien der Förderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er erstellt einen Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und legt den Tätigkeitsbericht vor. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die Stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.

Für die Durchführung der Beschlüsse bestellt der Stiftungsrat einen verantwortlichen Geschäftsführer. Insgesamt kam der Stiftungsrat im Jahr 2003 zu vier Sitzungen zusammen.

Die Satzung der DSF legt die Zusammensetzung des 15köpfigen Stiftungsrates fest. Hiernach gehören ihm vier Vertreter der Bundesregierung, drei Mitglieder des Deutschen Bundestages und acht Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an, darunter ein Vertreter/ eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Die Mandatszeit beträgt in der Regel fünf Jahre. Im erstmals berufenen Stiftungsrat sind zwei Mitglieder mit einer dreijährigen Amtszeit vertreten. Ihm gehören folgende Mitglieder an:

Wolf-Michael Catenhusen

Parlamentarischer Staatssekretär, seit Juli 2003 Staatssekretär,
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer

Fachbereich Informatik der Universität Hamburg

Dr. Uschi Eid, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; G8-Afrikabeauftragte des Bundeskanzlers

Dr. Martina Fischer

Politikwissenschaftlerin, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Christiane Lammers

Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen,
Fern-Universität Hagen

Werner Lensing, MdB (bis Januar 2003)

Oberstudiendirektor a.D., Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994, Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“, Mitglied im Ausschuss „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“

Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz (bis 13. Januar 2003)

Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)
an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Harald Müller

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK); Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt a. M.

Winfried Nachtwei, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994 (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Verteidigungsausschusses, Mitglied des Unterausschusses Abrüstung; Verantwortlicher der Fraktion für Krisenprävention

Dr. Ulrich Ratsch

Kommissarischer Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Prof. Dr. Volker Rittberger

Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Mitglied des VN-politischen Beirats des Auswärtigen Amtes und des Arbeitskreises Friedens- und Konfliktforschung beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Heinz Schmitt, MdB

Diplom-Wirtschaftsingenieur; Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1994 (Wahlkreis Südpfalz), Mitglied des Ausschusses Bildung und Forschung

Dr. Walther Stütze (bis Januar 2003)

Staatssekretär, Bundesministerium der Verteidigung

Dr. Ludger Volmer (bis Januar 2003)

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Prof. Dr. jur. Dr. hc. Rüdiger Wolfrum

Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht; Professor, Juristische Fakultät der Universität Heidelberg; Richter am Internationalen Seegerichtshof

Prof. Dr. Volker Rittberger



Am 13. Januar 2003 verstarb der Vorsitzende des Stiftungsrates Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz im Alter von 54 Jahren. An seiner Stelle berief die Stifterin im April 2003 Prof. Dr. Herbert Wulf, ehemals Leiter des Bonn International Center for Conversion (BICC), in das Gremium.

Im September wählte der Stiftungsrat mit großer Mehrheit Prof. Dr. Volker Rittberger, Professor am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, zum neuen Vorsitzenden der DSF.

Im Januar schieden Staatssekretär a. D. Dr. Walther Stütze und Staatsminister a. D. Dr. Ludger Volmer aus dem Stiftungsrat aus, deren Berufung an das zuvor ausgeübte politische Amt geknüpft war. An ihrer Stelle berief die Stifterin Staatsministerin Kerstin Müller (Auswärtiges Amt) und den Parlamentarischen Staatssekretär Walter Kolbow (Bundesministerium für Verteidigung) in das Gremium. Für den ausscheidenden Bundestagsabgeordneten Werner Lensing nominierte die CDU/CSU Bundestagsfraktion Ernst-Reinhard Beck als Nachfolger im Stiftungsrat. Die Stiftung dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für die geleistete Arbeit.

Die Stiftung wird durch den Geschäftsführenden Vorstand vertreten. Ihm gehören Prof. Rittberger als Vorsitzender sowie Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen und Christiane Lammers als stellvertretende Vorsitzende an. Der Geschäftsführende Vorstand kam im Berichtszeitraum zu insgesamt sieben Sitzungen zusammen.

2. Wissenschaftlicher Beirat

Die Satzung eröffnet die Möglichkeit, zur Unterstützung der Stiftungsarbeit einen wissenschaftlichen Beirat mit bis zu 20 Mitgliedern zu berufen. Bereits im Jahr 2003 berief die Stiftung 12 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in das beratende Gremium. Der Tod des Stiftungsvorsitzenden bewog den Vorstand, die bereits für das Frühjahr vorgesehene konstituierende Sitzung des Beirates bis zur Wahl eines Nachfolgers zu verschieben. Eine weitere Verzögerung trat ein, als der vom Stiftungsrat berufene Vorsitzende des Beirates, Professor Egon Bahr, im November 2003 seinen Rücktritt von dem Ehrenamt erklärte. Aus diesem Grund musste eine Neuberufung für den Vorsitz eingeleitet werden. Die konstituierende Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates wurde deshalb auf den Sommer 2004 verschoben.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Die Geschäftsstelle in Osnabrück verwaltet die Stiftung und betreut die geförderten Projekte. Sie bereitet die Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands und des Stiftungsrates vor und führt deren Beschlüsse aus. Die Geschäftsstelle wird durch den Geschäftsführer Thomas Held geleitet. Zum Team gehören ferner Sabine Podranski, die die Stelle für Sekretariat und Sachbearbeitung (75%) betreut, und Petra Menke, die den Bereich der Buchhaltung (50%-Stelle) bearbeitet. Der Geschäftsführer bereitet ferner den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht für den Geschäftsführenden Vorstand vor und vertritt die Stiftung bei repräsentativen Terminen, soweit die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands nicht verfügbar sind.

V. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Die **Bilanzsumme** zum 31.12.2003 beträgt 25.811,4 Mio. Euro.

Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 20,3 Mio. Euro und besteht vor allem aus Wertpapieren (20,2 Mio. Euro) .

Das Umlaufvermögen ist mit 5,5 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen, da liquide Mittel im Laufe des Jahres in langfristige Wertpapiere umgeschichtet wurden, und setzt sich in erster Linie aus liquiden Mitteln (3,3 Mio €) und Wertpapieren des Umlaufvermögens zusammen (1,9 Mio €).

Die **Förderverpflichtungen** setzen sich im Jahr 2003 folgendermaßen zusammen:

Auf **Neubewilligungen** im Bereich der **Projektförderung** entfielen 877 TEuro.

Im Bereich der **Nachwuchsförderung** wurde im Jahr **2003** für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge an den Universitäten Tübingen, Hagen und Marburg ein Betrag in Höhe von insgesamt **1,7 Mio. Euro über 5 Jahre** bewilligt. Nach Abzug der zur Verfügung gestellten Mittel **verbleiben Projektverbindlichkeiten in Höhe von 1,1 Mio. Euro und Verbindlichkeiten im Bereich der Nachwuchsförderung von 3,1 Mio. Euro.**

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück
Ertragsrechnung für die Zeit vom 01.01.2003 bis 31.12.2003

I. Erträge aus Vermögensverwaltung	946.660,30 €
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	775.989,52 €
2. Zinsen aus Festgeldern u.ä.	181.149,03 €
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	-10.478,25 €
4. Sonstige Erträge	0,00 €
II. Aufwendungen aus Vermögensverwaltung	120.504,22 €
1. Depot- und Managementgebühren Banken	104.146,95 €
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €
3. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	13.196,39 €
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag, insbes. Kap.ertr. St.	3.160,88 €
III. Ergebnis aus Vermögensverwaltung	826.156,08 €
IV. Erträge aus Verwaltung	13.189,23 €
1. Auflösung Sonderposten für den Umbau	11.566,82 €
2. Sonstige Erträge, insbes. aus der Vermietung Renaissance-Saal	1.622,41 €
V. Aufwendungen aus Verwaltung	180.323,67 €
1. Personalaufwendungen	111.829,88 €
2. Sachaufwendungen	53.594,16 €
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.899,63 €
VI. Ergebnis aus Verwaltung	-167.134,44 €
VII. Jahresergebnis vor Verwendung	659.021,64 €
VIII. Ergebnisverwendung	
1. Projektförderung–Neubewilligungen	877.259,56 €
2. Rückzahlungen Projektförderung	36.081,12 €
3. Nachwuchsförderung–Neubewilligungen	1.695.400,00 €
4. Nachwuchsförderung–begleitende Maßnahmen	4.422,08 €
5. Kapitalverzehr	-1.881.978,88 €

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück**Bilanz zum 31.12.2003**

Aktiva	25.811.412,10 €
A. Anlagevermögen	20.328.818,92 €
I. Sachanlagen	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.289,23 €
II. Finanzanlagen	
Wertpapiere des Anlagevermögens	20.241.529,69 €
B. Umlaufvermögen	5.482.593,18 €
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Zinsansprüche	288.073,72 €
Erstattungsansprüche aus Projektbewilligungen	5.756,69 €
Sonstige Vermögensgegenstände (Restlaufzeit kürzer als ein Jahr)	1.426,22 €
II. Wertpapiere	
sonstige Wertpapiere	1.860.455,85 €
III. Liquide Mittel	3.326.880,70 €

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück**Bilanz zum 31.12.2003**

Passiva	25.811.412,10 €
A. Eigenkapital	
I. Stiftungskapital	23.674.671,40 €
II. Ergebnismrücklagen	0,00 €
III. Verlustvortrag	-360.138,16 €
IV. Jahresfehlbetrag	-1.881.978,88 €
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	79.635,78 €
C. Rückstellungen	24.671,11 €
D. Verbindlichkeiten	4.274.550,85 €
I. Zusagen Projektförderung	1.141.800,93 €
II. Zusagen Nachwuchsförderung	3.054.270,00 €
III. Sonstige Verbindlichkeiten	78.479,92 €



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

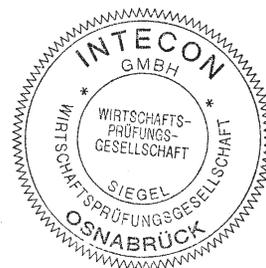
Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Osnabrück, den 16. April 2004



INTECON
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Körner
(Börner)
Wirtschaftsprüfer

Stiftungsvermögen

Bei ihrer Gründung wurde die Stiftung mit einem Kapital von 25,56 Millionen Euro ausgestattet. Schon zu diesem Zeitpunkt stand fest, dass dieses Vermögen nur begrenzte finanzielle Handlungsspielräume zur Erfüllung des Stiftungszwecks eröffnen wird. So konnte das Nachwuchs- und Strukturförderungsprogramm nur über einen Kapitalverzehr finanziert werden. Hierfür musste ein Substanzverlust der Stiftungsvermögens in Kauf genommen werden. Die ungünstige Entwicklung der Wirtschaftslage seit 2000/01 trug ihrerseits dazu bei, die Ertragskraft des investierten Kapitals nicht unerheblich zu schmälern. Hieraus resultiert zu einer ungünstigen Relation von Verwaltungskosten und Fördermitteln, zum anderen fehlen der Stiftung die Voraussetzungen, mit Rücklagen für den Substanzerhalt des Stiftungsvermögens zu sorgen. In seiner Prüfmitteilung vom November 2003 kommt der Bundesrechnungshof zu der Feststellung, dass „die Aufwandsstruktur der Stiftung kaum optimiert“ werden kann.

Um zumindest den bei der Errichtung der Stiftung vorgesehenen finanziellen Handlungsrahmen zu erlangen, unternahm die Stiftung frühzeitig Anstrengungen, den Bund für eine Aufstockung des Stiftungsvermögens zu gewinnen. Für das Jahr 2004 hat der Bund dankenswerter Weise eine Aufstockung des Stiftungsvermögens um zwei Millionen Euro vorgesehen. Damit erfolgte ein erster wichtiger Schritt, eine nachhaltige Erfüllung des Stiftungszweckes zu gewährleisten.

VI. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2003 in die Förderung aufgenommenen Forschungsprojekte

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo	
Projektleiter: Dr. Ulrich Ratsch	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
Laufzeit: 24 Monate Juli 2003–Juni 2005	

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht in der Erstellung einer Studie über diejenigen zivilen deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im Bereich des Zivilen Friedensdienstes in Bosnien-Herzegowina und Kosovo¹ tätig sind. Beim Zivilen Friedensdienst handelt es sich um ein neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das seit dem Antritt der Koalitionsregierung von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Herbst 1998 als Gemeinschaftswerk staatlicher und nichtstaatlicher Akteure betrieben wird. Da die Personalentsendung aus Deutschland in Krisengebiete ein wesentliches Element des Zivilen Friedensdienstes ausmacht, wird die Studie einen Schwerpunkt legen auf die Rekrutierung, Vorbereitung und Qualifizierung der Friedensfachkräfte vor ihrer Entsendung, ihre Einarbeitung, Betreuung, Weiterbildung und Supervision während ihres Einsatzes sowie auf ihre Reintegration nach der Beendigung ihrer Tätigkeit.

Des weiteren soll die Studie das Verhältnis zwischen den einheimischen Konfliktparteien und den aus dem Ausland kommenden Friedensfachkräften untersuchen: Woraus leiten die Externen ihre Motivation und Legitimation ab, in einem bestimmten Ort mit einer oder mehreren bestimmten Partnerorganisation(en) bezogen auf eine bestimmte Zielgruppe mit bestimmten Methoden zu arbeiten? In welcher Weise spiegeln sich die unterschiedlichen Traditionen und weltanschaulichen Positionen der Träger- und Partnerorganisationen in Bezug auf Gewaltfreiheit und das Verhältnis zu Staat und Militär in der Tätigkeit der Friedensfachkräfte vor Ort wider?

Mehrere Gründe sprechen für den Vergleich zwischen den beiden Einsatzgebieten Bosnien-Herzegowinas und Kosovo: Als vormalige Bestandteile der zerfallenen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien können Bosnien-Herzegowina und Kosovo auf eine gemeinsame Geschichte zurückblicken und haben zur Zeit einen ähnlichen Status, da sie beide unter internationaler politischer, polizeilicher und militärischer Verwaltung stehen. In beiden Gebieten wurden heftige Auseinandersetzungen zwischen Konfliktparteien geführt, die sich selbst und ihre Gegenseite nach ethnischen und / oder religiösen Kriterien definieren. Beide Gebiete befinden sich in einer labilen Nachkriegsphase, in der das elementare Ziel der Friedensförderung darin besteht, den erneuten Ausbruch eines Bürgerkriegs zu verhindern.

¹ Der serbische Name für das zwischen Serben und Albanern umstrittene Gebiet lautet „Kosovo und Metohija“, der albanische „Kosova“. Bei der Bezeichnung des Gebiets als „Kosovo“ schließt sich das Forschungsprojekt nicht der Position einer der beiden Konfliktparteien an, sondern verwendet den Namen, mit dem die internationale Verwaltung, UNMIK, und der UN-Sicherheitsrat das Territorium bezeichnen.

Neben dem Transitionsprozess vom Krieg zum Frieden durchlaufen beide Gebiete darüber hinaus zwei weitere Umwälzungen: von der Einparteienherrschaft zum Mehrparteiensystem sowie von der Staatswirtschaft zur Privatwirtschaft.

Über das Fallbeispiel des Zivilen Friedensdienstes in Bosnien-Herzegowina und Kosovo hinaus soll die Studie generell Aufschluss geben über die Möglichkeiten und Grenzen der zivilen Konfliktintervention durch zivile, gesellschaftliche Akteure. Hierfür werden die spezifischen Ansätze, Methoden und Ziele analysiert, die NGOs im Unterschied zu internationalen staatlichen Akteuren der zivilen Konfliktintervention verfolgen. Darüber hinaus werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen ziviler Konfliktintervention, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit dargestellt. Gemäß dem Do No Harm-Ansatz soll auch überprüft werden, welche negativen Wirkungen eine zivile Intervention in Konflikte mit sich bringen kann. Anhand von Beispielen des best practice soll dargestellt werden, wie Externe mögliche schädliche Auswirkungen ihrer Tätigkeit verhindern oder zumindest verringern können. Abschließend werden mehrere Hypothesen zu möglichen Dilemmasituationen geprüft, die in der Praxis der zivilen Konfliktintervention auftreten können:

1. Das Verhältnis zwischen den Zielen der zivilen Konfliktintervention einerseits und denjenigen der Gewaltfreiheit andererseits und damit verbunden die Frage nach der Parteilichkeit oder Unparteilichkeit der Externen.
2. Die Einbeziehung traditioneller Konfliktbearbeitungsmechanismen in den Einsatzgebieten einerseits und die Förderung der Gleichstellung bisher gesellschaftlich und politisch marginalisierter Gruppen wie Frauen und Angehörige bestimmter ethnischer Minderheiten andererseits.
3. Das Verhältnis zwischen Ziviler Konfliktintervention einerseits und Menschenrechten andererseits insbesondere beim Umgang mit Opfern und Tätern.

Als Primärquellen werden die Selbstdarstellungen der Entsende- und Trägerorganisationen sowie die Darstellungen von UNO und OSZE ausgewertet und als Sekundärquellen wissenschaftliche Analysen über die zivile Intervention in Konflikten sowie über die Situation in Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Bei Feldforschungsaufenthalten werden darüber hinaus Interviews mit den Akteuren und Zielgruppen von Projekten des Zivilen Friedensdienstes geführt.

Das Forschungsvorhaben soll einerseits einen Beitrag dazu leisten, allgemein die Wirkung externer Akteure der Zivilen Konfliktintervention zu untersuchen und andererseits speziell das Profil des Friedensfachdienstes in der Öffentlichkeit bekannter machen. Über die Untersuchung der Projekte hinaus besteht der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn in einem Beitrag zur Klärung der Frage, welche externen Akteure mit welchen Mitteln zu welchem Zeitpunkt zur zivilen Konfliktbearbeitung in Nachkriegsgesellschaften beitragen können und unter welchen Bedingungen sie Erfolge erzielen.

<http://www.fest-heidelberg.de>

Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der aktorszentrierten Perspektive	
Projektleiterin: Prof. Dr. Ute Daniel	TU Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig Historisches Seminar
Laufzeit: 24 Monate Februar 2003–Januar 2005	

Bringen die sogenannten „neuen Kriege“ eine neue Art von Berichterstattern hervor? Die Kriegsberichterstattung wird seit dem Zweiten Golfkrieg wieder verstärkt erforscht und in den Medien selbst zum Thema gemacht. Doch während zumeist die immer wieder angepassten Maßnahmen der Medienpolitik betrachtet werden – die vieldiskutierten „embedded correspondents“ sind da nur ein Beispiel – widmet sich dieses Projekt nicht in erster Linie den strukturellen Bedingungen der Kriegsberichterstattung.

Die Perspektive der Kriegsberichterstattung hat sich seit dem Libanon-Krieg der frühen 1980er etwa beständig erweitert, zeigt beide Seiten eines Krieges, zeigt Bilder aus Bomben und Soldaten auf Panzerfahrt durch die Wüste. Wie die Versuche der Beeinflussung seitens der kriegführenden Parteien unterliegen auch die Maßnahmen und Methoden der Berichterstattung einem ständigen Wandel. Das hier skizzierte Projekt widmet sich den in der deutschen Geschichtswissenschaft bislang kaum berücksichtigten Fragen der journalistischen Arbeit vor Ort, den Einflüssen, welchen sie unterlag, den Personen der Kriegsberichterstatter und -berichterstatterinnen sowie deren Handlungs- und Wahrnehmungsweisen.

Es soll gezeigt werden, wie sich schon im 19. Jahrhundert Muster, Rollenverständnisse und Mythen ausgebildet haben, an welche heutige Kriegsberichterstatter weiterhin anknüpfen. Zu diesem Zweck widmet sich ein Teil des Projektes den Kriegen um die Jahrhundertwende, die an der europäischen Peripherie sowie außerhalb Europas geführt wurden. Hier waren die Journalisten schwer zu kontrollieren und in die Belange der jeweiligen Seite zu integrieren. Es waren vor allem diese asymmetrischen Kriege, in denen sich Rollenbilder der Kriegsberichterstatter ausprägten, die sich als stilgebend erweisen sollten. Jene Kriege sind zudem insofern von außerordentlich großem Interesse, weil sie dem Typus des „kleinen Krieges“ angehören, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die militärischen Auseinandersetzungen prägt – und folglich die Kriegsberichterstattung. Mit ihnen wird sich der zweite Teil des Projektes befassen, beispielhaft an den Kriegen und Interventionen in Libanon, Grenada, Bosnien, Kosovo, bis hin zu Afghanistan und Irak.

Anhand dieser asymmetrischen Kriege am Anfang wie Ende des Jahrhunderts sollen Praktiken und Einstellungen der „men and women on the spot“ verglichen werden. Welche Personen wurden als Korrespondenten entsandt, über welche Vorkenntnisse verfügten sie, wie gingen sie mit ihren jeweiligen Auftraggebern um? Wie unterscheidet sich das Selbstverständnis der Kriegsberichterstatter um 1900 von dem der heutigen Korrespondenten? Wie hat sich in diesem Zusammenhang der Wandel sowohl der Kriegführung wie der Kommunikationstechnologie ausgewirkt? Im Zuge der Beantwortung dieser Fragen soll eine Datenbank der Kriegsberichterstatter entstehen, die nach ihrer Fertigstellung im Internet verfügbar gemacht werden soll.

Weil Kriege per se von transnationaler Bedeutung sind, müsste es ihre historische Analyse – und insbesondere die Analyse der Kriegsberichterstattung – ebenfalls sein, und doch stellen transnationale Fragestellungen gerade hier ein dringendes Desiderat dar. Auch die Mediengeschichte lässt sich im Grunde nur mit transnationalem Zugang analysieren, spätestens seit sich der Markt Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Verbreitung der Telegraphie und der Gründung von Nachrichtenagenturen globalisiert hat. Dem wird hier Rechnung getragen, indem die Berichterstattung in britischen, deutschen, amerikanischen und schweizerischen Medien untersucht wird.

<http://www.lars-klein.com/start/lebenslauf/projekt.html>

Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post-Conflict Peacebuilding	
Projektleiter: Dr. Wolfgang Zellner	Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Laufzeit: 24 Monate Januar 2003 – Dezember 2004	

Im Rahmen der Post-Conflict-Rehabilitation-Aktivitäten der OSZE kommt den Polizeikomponenten der Missionen eine stetig wachsende Bedeutung zu. Für einen nachhaltigen Friedensprozess ist dabei neben der Überwachung lokaler Polizeien im Hinblick auf (menschen-)rechtskonformes Handeln die Reform bzw. der völlige Neuaufbau einer demokratisch-rechtsstaatlichen Polizei erforderlich. Die lokale Polizei muss beim Abzug der internationalen Sicherheitskräfte den Willen und die Fähigkeit besitzen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, demokratische Institutionen zu schützen und konsequent gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Terrorismus vorzugehen. Die Fähigkeit zur Gewährleistung der inneren Sicherheit ist schließlich auch eine der Grundvoraussetzungen für die sozio-ökonomische Stabilisierung von Krisenregionen.

Im Rahmen der Polizeireform stellt der Aufbau ethnisch gemischter Polizeien in multiethnischen Gesellschaften eine besondere Herausforderung dar. In einem Umfeld, das von „ethnisch“ motiviertem Hass und Misstrauen innerhalb der Bevölkerung geprägt ist, müssen Polizeikräfte aus Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt sein. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die Bevölkerungsgruppen – zumindest die Minderheiten – kein Vertrauen in die Sicherheitskräfte finden und entweder flüchten oder zur Selbstjustiz übergehen.

Die bisherigen OSZE-Polizeimissionen in Ostslawonien, Kosovo, Süd-Serbien und Mazedonien sowie die UN-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina und der WEU-Polizeieinsatz in Mostar zeigen, dass die Aufgabe des Aufbaus ethnisch gemischter Polizeien nach einem Bürgerkrieg äußerst komplex ist.

Ziel des Forschungsprojektes ist es daher, durch eine fundierte vergleichende Analyse der OSZE-Polizeimissionen im Kosovo, in Südserbien (Presevo) und in Mazedonien und der Polizeimissionen der UNO in Bosnien-Herzegowina und der WEU in Mostar zum „Lessons learned“-Prozess in der OSZE beizutragen. Anhand der Ergebnisse der komparativen Fallanalysen sollen Schlussfolgerungen für die Entwicklung eines Konzepts „demokratischer und rechtsstaatlicher Polizeireformen“ in Bürgerkriegsregionen des OSZE-Raums gezogen werden. Das Konzept soll Antworten auf die folgenden Fragestellungen geben:

- Wie können ehemalige Polizisten und Kombattanten in eine neue Polizei übernommen und Angehörige der Bevölkerungsminderheiten in diese Polizei integriert werden?
- Welche Maßnahmen sind geeignet, bei der Bevölkerung für Vertrauen in die neue Polizei zu werben?
- Wie können die Polizeiapparate entpolitisiert und vor künftiger Politisierung geschützt werden?
- Welche Polizeimodelle und Rechtsstandards können als einheitliche Grundlage für Polizeireformen in OSZE-Staaten mit unterschiedlichen Polizei- und Rechtstraditionen herangezogen werden?
- Wie kann die Polizeireform mit der gleichzeitigen unumgänglichen Reform des Justiz- und Strafvollzugswesens kombiniert sowie im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit gegen den Druck von Organisierter Kriminalität und Korruption geschützt werden?
- Wie sollten Lehrpläne aussehen?
- Welche Zeiträume müssen erfolversprechende Polizeiausbildungsmissionen mindestens umfassen?
- Welche materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen sind unerlässlich?
- Welche Mittel muss die OSZE bereit halten?

<http://www.core-hamburg.de>

Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara	
Projektleiter: Dr. Michael Brzoska	Bonn International Center for Conversion (BICC)
Laufzeit: 24 Monate Mai 2003–April 2005	

Aufbauend auf vorherige und zum Teil parallel durchgeführte Forschungs- und Beratungsprojekte zu den Themenkreisen internationaler Waffenhandel und Kriegsfinanzierung, sowie zur Wirksamkeit von Waffenembargos, dient das Projekt der Erforschung der Rolle von externen wirtschaftlichen Akteuren bei der Entstehung, Proliferation und Beendigung von überwiegend ökonomisch-motivierten bewaffneten Konflikten in Afrika südlich der Sahara.

Dabei umfasst die Definition eines externen wirtschaftlichen Akteurs Einzelpersonen, Gruppen von Individuen, Unternehmen und Institutionen, welche ihren Sitz außerhalb des Konfliktgebiets haben, deren Handlungen jedoch einen Beitrag zur Stärkung von Konfliktparteien durch wirtschaftliche Beziehungen leisten. Dieser Begriff umfasst etwa ausländische Unternehmen, welche Handelsbeziehungen zu Konfliktparteien unterhalten, aber auch ausländische Streitkräfte, deren Intervention durch Rohstoffkonzessionen oder andere wirtschaftliche Anreize motiviert wird, sowie Rüstungslieferanten.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung, insbesondere im englischsprachigen Raum, nimmt die Analyse von Gewalt- und Bürgerkriegsökonomien breiten Raum ein. Dabei existieren in der Literatur zwei Hauptströmungen – beide möchten auf den ersten Blick irrationale Konflikte als für die Beteiligten wirtschaftlich-rational erklären, unterscheiden sich jedoch in der Herangehensweise. Während sich eine Forschungsgruppe der Weltbank unter der Leitung von Paul Collier bemüht, ökonomische Indikatoren auf globaler Basis zur Kriegsursachenforschung zu nutzen, beschäftigen sich eine Reihe von empirischen Studien mit der Analyse von spezifischen Konflikten. Gemeinsam ist beiden Strömungen eine Konzentration auf die inländischen Kriegsparteien.

Dieses Projekt verfolgt einen anderen Ansatz, in dem es den Schwerpunkt auf die Rolle und Funktion von externen wirtschaftlichen Akteuren in Bürgerkriegsökonomien legt. Dabei geht es einerseits darum, eine Lücke in der existierenden Literatur (insbesondere im deutschen Sprachraum) zu füllen, zweitens praktische Anregungen für eine verstärkte Kontrolle von Kriegsprofiteuren zu entwickeln und drittens die Effektivität von bestimmten Instrumenten für Kriegsbeendigungsstrategien zu testen. Es wird die These vertreten, dass externe (nicht-militärische) Lösungsstrategien für ökonomisch-motivierte Konflikte bei jenen Akteuren ansetzen sollten, die ihren Sitz außerhalb der Konfliktzonen haben und daher leichter greifbar sind.

Das Projekt konzentriert sich auf vier Akteurskategorien:

1. Unternehmen mit Sitz außerhalb der Konfliktregion, die als Abnehmer von in der Konfliktregion produzierten Gütern und als Handelspartner von Kriegsparteien auftreten.
2. Ausländische Interventionsstreitkräfte und Söldnerunternehmen, welche selbst ökonomische Interessen im Rahmen von Bürgerkriegsökonomien verfolgen.
3. Internationale Waffenhändler, welche die Kriegsparteien mit dem Nachschub an Waffen, Ausrüstung und Munition versorgen.
4. Internationale Finanzinstitutionen, welche die finanziellen Ressourcen von Konfliktparteien verwalten und Kredite für die Abwicklung internationalen Handels gewähren.

Im Rahmen des Projekts werden die folgenden Leitfragen untersucht:

1. Welche Rolle spielen externe wirtschaftliche Akteure innerhalb von Bürgerkriegsökonomien?
2. Welche strukturellen Faktoren begünstigen das Entstehen von Bürgerkriegsökonomien und ermöglichen die Beteiligung von externen wirtschaftlichen Akteuren?
3. Welche Möglichkeiten bieten sich zur Eindämmung von Bürgerkriegsökonomien durch externe Akteure?
4. Welche Ansätze gibt es für die internationale Staatengemeinschaft, inklusive der Bundesrepublik Deutschland, und die internationale Zivilgesellschaft das Handeln externer wirtschaftlicher Akteure zu beeinflussen?

Bei der Durchführung des Projekts wird eine weitgehende Vernetzung mit anderen deutschen und internationalen Konfliktforschungseinrichtungen angestrebt, sowie ein Informationsaustausch mit Trägern der Entwicklungszusammenarbeit und der auswärtigen Politik. Im Vorfeld des Projektstarts fanden daher verschiedene, durch Drittmittel finanzierte, Einzelmaßnahmen, zum Beispiel ein Feldforschungsaufenthalt in Angola im April 2003, statt. Mitarbeiter des Projekts publizierten verschiedene Aufsätze und Buchkapitel im Berichtszeitraum und nahmen in verschiedenen Medien zu den Konflikten in Liberia und im Kongo Stellung.

<http://www.bicc.de>

Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien – Eine Analyse der geopolitischen Diskurse	
Projektleiter: Prof. Dr. Paul Reuber, Dr. Günter Wolkersdorfer	Westfälische-Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie
Laufzeit: 24 Monate Februar 2004–Januar 2006	

Das vorliegende Forschungsprojekt analysiert die Medienberichterstattung über die Terroranschläge von New York und Washington sowie den daraus resultierenden Militärschlag gegen Afghanistan und die Diskussionen um einen Krieg gegen den Irak aus einer politisch-geographischen Perspektive. Im Zentrum des diskursanalytischen Vorgehens steht die Dekonstruktion der geopolitischen Rhetoriken, Leitbilder und Metaphern, die in den Medien über den Anschlag und dessen Implikationen aus der Perspektive unterschiedlicher Akteure verfasst und verbreitet wurden.

- Welche geopolitischen Argumentationen verwenden sie?
- Wie werden die Terroristen bzw. die amerikanische Regierung und ihre Verbündeten dargestellt?
- Welche territorialen Semantiken einer neuen geopolitischen Gegnerschaft dienen zur argumentativen Legitimation der politischen und kriegerischen Gegenmaßnahmen?
- Mit welchen kartographischen und fotografischen Repräsentationen werden in den Medien die Argumentationen unterstützt?

Die vergleichende Dekonstruktion der geopolitischen Krisendiskurse nach dem Anschlag soll auch in den Blick nehmen, aus welchen akteurspezifischen Perspektiven sie jeweils konstruiert sind und welchen strategischen politischen und ökonomischen Interessen sie dienen.

Die Diskursanalyse arbeitet mit diesem Vorgehen die zentrale Rolle der Medien bei der Entstehung geopolitischer Argumentations- und Deutungsmuster (diskursiver Formationen) heraus. Im Anschluss daran wird mit Hilfe von Tiefeninterviews die mediale Aufarbeitung bei publizistischen Diskursproduzenten analysiert. Kaum ein Ereignis der letzten Jahrzehnte machte die Macht geopolitischer Diskurse und die suggestive Kraft ihrer Abgrenzungs- und Begründungsrhetoriken deutlicher als der Anschlag vom 11. September sowie die in der Folge eingeleitete geopolitische Doktrin vom ‚Kampf gegen den Terrorismus‘. Das Beispiel eignet sich daher fast lehrbuchhaft, um die Rolle territorialisierender Codes sowie die Abhängigkeit des Krisenverlaufs von solchen Diskursen nachzuzeichnen.

Die Dekonstruktion dieser vermeintlichen ‚geopolitischen Wahrheiten‘ leistet einen konzeptionellen Beitrag zu einer zeitgemäßen Form der Friedensforschung. Nur die Offenlegung der Macht solcher Diskurse kann deren subtil-manipulativen Charakter enttarnen und damit mehr partizipative Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Zivilgesellschaft bei der kritischen Bewertung solch einschneidender Ereignisse schaffen.

www.uni-muenster.de/Geographie/ und www.politische-geographie.de

Die Wirkungsweise gewaltfreier Praxis: Zentrale Konfliktaustragungskonzepte im interkulturellen Vergleich Forschungsprojekt	
Projektleiter: Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe	Universität Siegen, Katholische Theologie
Laufzeit: 24 Monate April 2004–März 2006	

1.1. Ziel

des beantragten Forschungsprojektes ist es, eine Studie zu erstellen, in der

- 1.) die unterschiedlichen Konzepte von HauptvertreterInnen der gewaltfreien Aktion auf dem jeweiligen religiösen bzw. weltanschaulichen Hintergrund beschrieben und
- 2.) nach den Vorstellungen über die Wirkungsweise des Vorgehens miteinander verglichen werden. Sofern es der Vergleich ermöglicht, soll so eine breit begründete und vertiefte Theorie bzw. Hypothesen dazu entwickelt werden.

1.2. Problemstellung

Als zentrale Frage bei der Beurteilung von Methoden der Friedensarbeit darf die nach ihrer Wirksamkeit angesehen werden. Dies gilt auch für solche Vorgehensweisen, die sich der Gewaltfreiheit verpflichtet wissen: Wie weit kann gewaltfreies Vorgehen in politischen und gesellschaftlichen Konflikten als wirksam gelten? Um die Frage zu beantworten, braucht es Klarheit, was mit „gewaltfrei“ gemeint sei. Hier zeigt sich eine Grundschwierigkeit, die direkt mit der üblichen Sprechweise zusammenhängt: Wer das in Frage stehende Handeln konsequent nur als gewaltfrei oder gewaltlos bezeichnet, also rein negativ definiert, der muss die beobachtete Wirkung eines bestimmten Handelns auf etwas Nichtbenanntes, Abwesendes zurückführen. Das macht offenkundig keinen Sinn. Demgegenüber beruht die Idee der beabsichtigten Untersuchung auf der Beobachtung, dass die meisten ProtagonistInnen gewaltfreier Aktion positive Begriffe benutzen, die gleichsam „Prototheorien“ (Albert Fuchs) darüber enthalten, was im gewaltfreien Handeln wirkt.

Mohandas K. Gandhi etwa bildete für die, wie er meinte, uralte Sache den neuen Begriff „Satjagrah“²; Übersetzungen des Sanskrit-Wortes sind wegen des unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds immer nur Übertragungen: Gütekraft, Festhalten an der Wahrheit, auch von ihm als „soul force“ erklärt.³ Seine Theorien dazu blieben unsystematisch.

Andere, ebenfalls relativ neue Bezeichnungen in anderen Ländern, mit ähnlicher Praxis verbunden, deuten ebenfalls auf andere als gängige Verstehensmuster für bestimmte Arten von Verhalten speziell in politischen Konflikten: z.B. „strength to love“ „Stärke zu lieben“ (Martin Luther King), „Alay Dangkal“ [Tagalog:] „Würde anbieten“ (Philippinen), „Der Dritte Weg“ (Walter Wink), „Politik der Güte“ (Dalai Lama).

² Häufig ist auch die englische Schreibweise zu lesen: satyagraha

³ Gandhi 1928, 103

Auch in Bemühungen der Friedens- und Konfliktforschung gibt es neue Bezeichnungen, z.B. „integrative power“ (K. E. Boulding, der es erklärt als: „the power that arises from persuasion - the ability to invoke loyalty, respect, affection, love“, zit. nach Koppe 2001, 260); „unverletzende Selbstbehauptung“ (Marsal 1997); „Das entscheidende Element einer solchen Kultur des Friedens könnte in der Tat das sein, was unter dem Begriff der „Gütekraft“ bereits wirkt, wenn auch noch nicht erkannt ist.“ (Koppe 1999).

Das Gemeinte wird hier im Folgenden vorläufig mit dem Arbeitsbegriff „Gütekraft“ benannt;⁴ damit ist die der Studie zu Grunde liegende Arbeitshypothese angedeutet: dass die erwähnten Ausdrücke wesentlich Gemeinsames benennen. Die beobachtbare Verschiedenheit soll damit keineswegs eingeebnet werden. Vielmehr ist die differenzierende Untersuchung das Anliegen der Studie, ihren Gegenstand bilden die unterschiedlichen Konzepte. Die Bedeutung ihrer Unterschiedlichkeit wird sofort klar, wenn man zum Beispiel die Auffassung Gandhis mit der von Gene Sharp vergleicht: Gandhi sah für die Wirkung von Satjagrah die „reine“ innere Haltung des Satjagrahi, seinen „lebendigen Glauben an Gott“ und im Grunde („satya“ = „Güte, Wahrheit, Liebe =) „Gott“ als das entscheidende Moment an. Im Englischen gebrauchte Gandhi auch „non-violence“⁵ dafür. Gene Sharp dagegen hält „non-violence“ für eine Sozialtechnik, die bei richtiger Anwendung völlig unabhängig von Weltanschauungen oder inneren Haltungen zwingend zum gewünschten Ergebnis führe. Wie wirkt die Gütekraft und unter welchen Bedingungen, mit welchen Möglichkeiten – und was sind ihre Grenzen? Dies ist bis heute kaum erforscht worden. Vermutlich hat die erwähnte gängige Negativ-Benennung zu dem Mangel an Wirkungsforschung beigetragen.

Die Beantwortung erfordert mehr als eine Forschungsarbeit. Vorschläge für entsprechende Forschungsprogramme wurden seit 1959 von mehreren FriedensforscherInnen vorgelegt. Bisherige Arbeiten, die die Frage der Wirkungsweise konzeptionell thematisieren, stützen sich auf Vorstellungen einzelner Akteure, die sich dem Prinzip der Gewaltfreiheit verpflichtet wussten, als Kronzeugen für die Entwicklung einer eigenen Position. Ein systematischer Vergleich, der die Vielfalt auf dem jeweiligen weltanschaulichen Hintergrund aufarbeitet, fehlt bisher. Die Studie beabsichtigt, diesem Defizit abzuhelpfen, um die Diskussion über zu erwartende Wirkungen auf eine breitere Grundlage zu stellen.

1.3. Methodische Grundlegung

Schon ein oberflächlicher Blick in die Literatur zur gewaltfreien Aktion zeigt, dass trotz gemeinsamer Grundorientierung und Zielsetzung erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Konzeptualisierung ihrer Wirkungsweise existieren. Diese Unterschiedlichkeit hängt wesentlich mit den verschiedenen Traditionen religiöser und/oder weltanschaulicher Art zusammen, die deshalb auf der Grundlage der vorliegenden Schriften der ausgewählten AutorInnen mit herausgearbeitet werden sollen.

⁴ Die Orientierung an Gandhi ist nicht nur durch seine Prominenz begründet sondern auch durch seine historische Bedeutsamkeit. Der Begriff wird hier noch nicht in scharfer Definition gebraucht, ebenso wenig „gewaltfreie Aktion“ und „gewaltfreie Konfliktaustragung“. 3

⁵ aus „ahimsa“, s.u.

Da jedoch in vielen Fällen die vorgetragenen Überlegungen im Kontext praktischer Erfahrungen entwickelt wurden und nur selten den Charakter einer systematischen Theorie tragen, handelt es sich nicht nur um eine hermeneutische Aufgabe, d.h. um eine adäquate Interpretation der Quellen, sondern außerdem um systematische Rekonstruktion. Zu diesem Zweck ist natürlich auch die vorhandene Sekundärliteratur zu den ausgewählten AutorInnen heranzuziehen.

Mit dem zweiten Schritt soll der gegenüber bisherigen Arbeiten neue methodische Ansatz verwirklicht werden: Die Zusammenschau und der Vergleich der unterschiedlichen Vorstellungen von der Wirkungsweise der Gütekraft soll zu einer vertieften Theorie bzw. zu Hypothesen zur Gütekraft führen.⁶ Bisherige Theorien, etwa von Richard Gregg, Joan V. Bondurant, Gene Sharp, Theodor Ebert, Robert Burrowes und anderen sind natürlich in die Untersuchungen einzubeziehen. Allerdings sollen hier die Quellen selbst direkt befragt werden. Es sollen die Schriften von VertreterInnen aus folgenden Religionen bzw. Traditionen zu Grunde gelegt werden: Hinduismus, Buddhismus, Christentum, Islam und sozialistischer, gewaltfreier Anarchismus. Für den Vergleich können die methodischen Anregungen aus ethnologischen Verfahren des interkulturellen Vergleichs aufgegriffen werden.

1.4. Erwartete Forschungsergebnisse und Relevanz der Studie

Das geplante Forschungsprojekt soll einen Beitrag zur Erforschung von Wirkungsweisen, Reichweite und Grenzen der gewaltfreien Aktion leisten. Da es bislang keine vergleichende Studie der dargelegten Art gibt, darf von ihr ein wichtiger Erkenntnisfortschritt erwartet werden. Erhofftes Arbeitsergebnis ist sozusagen die Entwicklung eines qualifizierten Gütekraft-Begriffs.

Die vergleichende Beschreibung der Konzeptionen gewaltfreier Aktion schafft, da sie die weltanschaulichen Hintergründe bewusst einbezieht, eine reflexive Distanz gegenüber den einzelnen Traditionen, Diskursen und Theorien und bedeutet einen wichtigen Schritt in Richtung auf ein besseres und selbstkritisches Verstehen von Möglichkeiten und Grenzen der gewaltfreien Konfliktaustragung. Die Diskussion des Vergleichsergebnisses im Zusammenhang der bisherigen Theorien kann für die Schärfung des wahrnehmenden, des deutenden und des fragenden Blicks wichtige Anregungen für die weitere Forschung bieten im Blick auf die Theorie gewaltfreier Aktion und deren konzeptionelle Eigenart und auch im Verhältnis zu sozialwissenschaftlichen Theorien. Dadurch kann auch das vor allem in Deutschland schwierige Gespräch zwischen der politikwissenschaftlich geprägten Friedens- und Konfliktforschung und den Traditionen gewaltfreier Praxis neue Impulse bekommen.

Aufgrund der bisherigen Aktionsfelder des gütekräftigen Vorgehens sind Erkenntnisse für Friedensarbeit auf allen Konfliktebenen zu erwarten.

Damit lässt sich die Studie den Bemühungen der UNO-„Dekade 2001–2010 für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder dieser Welt“ und der vom Weltkirchenrat initiierten „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ sowie vielen interreligiösen wie auch nichtreligiösen Initiativen zuordnen.

http://univis.uni-siegen.de/formbot/dsc_3Danew_2Fresrep_26dir_3Dfachber_2Fkatholi_2Fsystema_26ref_3Dresrep

⁶ Es ist nicht gemeint, Aussagen über Vorstellungen von Wirkungsweisen sollten als Aussagen über Wirkungsweisen gewertet werden, Näheres dazu s. Ausführliche Darstellung, Vorgehensweisen und Methodenwahl

B. Forschungsprojektförderung der DSF (2001-2003)
Laufende/abgeschlossene Projekte

Antragstermin: August 2001*

Projekt-Nr.	Bewilligungs-empfänger	Thema	Laufzeit	Stand
PA 001/02	Prof. Dr. Eberwein Wissenschafts- zentrum Berlin	Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Januar 2002 Unterbrechung von März bis September 2003	Ende: Juli 2004
PA 003/02	Dr. Neuneck IFSH, Hamburg	Weltraumbewaffnung und die Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Juni 2002	Ende: Mai 2004
PA 004/02 Abgeschlos- sen	Prof. Dr. Suter Universität Dortmund	Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologien <i>Forschungsprojekt</i>	12 Monate Beginn: Februar 2002 Verlängerung+ Nachbewilli- gung für 3 Monate	Abgeschlos- sen im Mai 2003
PA 005/02	Prof. Dr. Becker KOMTECH, Solingen	Die Informationskriege um den Balkan seit 1991 <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Mai 2002	Ende: August 2004

*Das Projekt mit der Nr. PA 002/02 ist ein Konferenzprojekt, das nicht als Forschungsprojekt gelistet wird.

PA 006/02	Prof. Dr. Nixdorff TU Darmstadt	Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potentialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter bes. Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Juni 2002	Ende: Mai 2004
PA 007/02	Prof. Dr. Kempf Universität Konstanz	Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace- Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften – Entwicklung eines friedens- journalistischen Modells <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Mai 2002 Verlängerung um zwei Monate	Ende: Juni 2004
PA 008/02	Dr. Liebert TU Darmstadt/ IANUS	Kernwaffenrelevante Materialien und Rüstungskontrolle <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Januar 2003	Ende: Dezember 2004

Antragstermin: 15. Dezember 2001

PA 009/02	Dr. Müller IFGK, Wahlenau	Komplexe Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: September 2002	Ende: August 2004
PA 010/02	Prof. Dr. Schmidt Fern- Universität Hagen	Nichtregierungsorganisationen in der transnationalen Konfliktprävention und –bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Oktober 2002	Ende: September 2004
PA 011/02	Prof. Dr. Schneider Universität Konstanz	Globalisierung und innenpolitische Stabilität <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Juni 2002	Ende: Mai 2004
PA 012/02	Prof. Dr. Brock HSFK, Frankfurt a.M.	Between past and future. An assessment for the transition from conflict to peace in post-genocide Rwanda <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Januar 2003	Ende: Dezember 2004
PA 013/02	Prof. Dr. Bley Universität Hannover	Demobilisierung und Remobilisierung in Äthiopien ab 1991 <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Oktober 2002	Ende: September 04
PA 014/02	Prof. Dr. Müller/Dr. Kubbig HSFK, Frankfurt a.M.	Rüstungskontroll-Expertengemeinde und Diskursgestaltung <i>Forschungs-/ Vernetzungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Oktober 2002	Ende: September 2004
PA 015/02	Prof. Dr. Wolf Universität Bochum	Informationsanforderungen bei der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach der Charta der Vereinten Nationen <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: September 2002	Ende August 2004

Antragstermin: 15. Juni 2002

PA 001/03	Dr. Zellner IFSH/CORE, Hamburg	Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post- Conflict Peacebuilding <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Januar 2003	Ende: Dezember 2004
PA 002/03	Prof. Dr. Daniel TU Braunschweig	Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Februar 2003	Ende: Januar 2005
PA 003/03	Dr. Brzoska BICC, Bonn	Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegs- Ökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbe- endigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Mai 2003	Ende: April 2005
PA 004/03	Dr. Ratsch FEST, Heidelberg	Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Juli 2003	Ende: Juni 2005

Antragstermin: 15. Dezember 2002

PA 005/03	Prof. Dr. Reuber/ Dr. Wolkersdorfer Universität Münster	Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien – Eine Analyse der geopolitischen Diskurse <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: Februar 2004	Ende: Januar 2006
PA 006/03	Prof. Dr. Stobbe Universität Siegen	Die Wirkungsweise gewaltfreier Praxis: Zentrale Konfliktaustragungskon- zepte im interkulturellen Vergleich <i>Forschungsprojekt</i>	24 Monate Beginn: April 2004	Ende: Juni 2006

C. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

1. Großprojekte

Demobilisierung und Remobilisierung in Äthiopien ab 1991

Prof. Dr. Helmut Bley, Universität Hannover

- Günter Schröder: Demobilisation and Remobilisation in Ethiopia after 1991. A note on an on-going research project. In: Hot Spot Horn of Africa. Ed. by Eva-Maria Bruchhaus. Münster u. a. 2003, S.123–135.
- Ders.: Demobilisierung von Soldaten. Ein notwendiger, aber nicht hinreichender Beitrag zur Friedenssicherung in Konfliktregionen. In: Uni-Magazin. Zeitschrift der Universität Hannover 2003 Nr. 1–2, S. 4–9.

Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara

Dr. Michael Brzoska, BICC, Bonn

- Wolf-Christian Paes/Björn Aust: Bürgerkriegsökonomien. Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 48 (2003) 10, S. 1227–1233.

Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein, WZB, Berlin

- Sven Chojnacki: Wandel der Kriegsformen: Die Dimension neuer, privatisierter Kriege. In: epd-Dokumentation 2002 Nr. 31 (Die Kriege der Zukunft. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung), S. 40–47.
- Ders.: Kriege der Zukunft: Reaktionsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft. In: epd-Dokumentation 2002 Nr. 31, S. 63–69.
- Ders.: Kriege und Katastrophen im internationalen System. Empirische Entwicklungen und neue Herausforderungen. In: Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld. Hrsg. von Wolf-Dieter Eberwein/Peter Runge. Münster u. a. 2002, S. 189–225.
- Sich kreuzende Blickwinkel auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention. Ein Workshopbericht. Hrsg. von Sven Chojnacki/Wolf-Dieter Eberwein/Andreas Mehler. Berlin 2003 (=WZB discussion papers P2003–301).
- Sven Chojnacki: Schnelle Siege bei geringen Kosten? Demokratien und Kriege. In: WZB-Mitteilungen 2003 Heft 100, S. 18–22.
- Ders./Björn Aust: Wandel der Kriegsformen im internationalen System. Berlin 2003 (=WZB discussion papers P2003–302).
- Ders.: Kriege im globalen Zeitalter. Theoretische und methodische Anmerkungen. Berlin 2003 (=WZB discussion papers P2003–303).
- Ders.: Demokratien und Krieg: Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten, 1946–2001. Berlin 2003 (=WZB discussion papers P2003–304).

Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace-Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften -

Entwicklung eines friedensjournalistischen Modells

Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz

- Susanne Jaeger: Massenmedien und Versöhnung: Die Berichterstattung über den deutsch-französischen Friedensprozess nach dem 2. Weltkrieg. In: Conflict & Communication Online 2 (2003) 2. (16 S., dt. und engl. Fassung).
- Ders.: Konstruktive Konfliktberichterstattung – Ein sozialpsychologisches Forschungs- und Entwicklungsprogramm. In: Conflict & Communication Online, 2 (2003) 2. (15 S., dt. und engl. Fassung).
- Constructive Conflict Coverage – A Social Psychological Approach. Ed. by Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution. Berlin 2003.

Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potentialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter besonderer Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie

Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt

- Kathryn Nixdorff, Mark Hotz, Dagmar Schilling, Malcolm Dando: Biotechnology and the Biological Weapons Convention. Münster 2003.

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo

Dr. Ulrich Ratsch, FESt

- Sabine Klotz: Bosnien-Herzegowina im Übergang vom Bürgerkrieg zum Frieden. In: Friedensforum 2003 Nr. 3, S. 47–49.
- Dies.: Zivile Konfliktbearbeitung. Theorie und Praxis. Heidelberg 2003 (=FESt, Reihe A Nr. 50 Texte und Materialien).

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der transnationalen Konfliktprävention und -bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit

Prof. Dr. Hajo Schmidt, FernUniversität Hagen

- Lutz Schrader: Zauberformeln für eine friedliche Weltordnung? Internationale Zivilgesellschaft, lokale Partizipation, Global Governance. In: Wissenschaft und Frieden 21 (2003) 3, S. 52–55.

Globalisierung und innenpolitische Stabilität

Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz

- Globalization and Armed Conflict. Ed. by Gerald Schneider/Katherine Barbieri/Nils Petter Gleditsch. Lanham u. a. 2003.
- Margit Bussmann u. a.: Die „Friedensdividende“ der Globalisierung: Außenwirtschaftliche Öffnung und innenpolitische Stabilität in den Entwicklungsländern. In: Politische Vierteljahresschrift 44 (2003) 3, S. 1–23.

Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologie.

Prof. Dr. Dieter Suter, Universität Dortmund

- Jürgen Altmann: Mikrosystemtechnik fürs Militär. In: Physik Journal 2 (2003) 5, S. 24–28.
- Ders./Mark A. Gubrud: Risks from military uses of nanotechnology—the need for technology assessment and preventive control. In: <http://www.ep3.ruhr-uni-bochum.de/bvp>.

2. Kleinprojekte

- Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas. Hrsg. von Bernd W. Kubbig. Frankfurt/M. 2003.
- Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa“. Hrsg. von Peter Schlotter. Baden-Baden 2003.
- Andreas Herberg-Rothe: Der Krieg. Geschichte und Gegenwart. Frankfurt/Main 2003.
- Kaliningrad in Focus. Policy recommendations in the perspective of problem-solving. Kiel 2002 (=SCHIFF-Texte Nr. 67). (Auch in deutscher und russischer Fassung erhältlich.)
- The Sunshine Project: Biosafety, Biosecurity, and Biological Weapons. A Background Paper on Three Agreements on Biotechnology, Health, and the Environment, and Their Potential Contribution to Biological Weapons Control. Hamburg 2003.
- Trauma, gesellschaftliche Unbewusstheit und Friedenskompetenz. Hrsg. von Uta Ottmüller/Winfried Kurth. Heidelberg 2003 (=Jahrbuch für psychohistorische Forschung Band 3/2002).

D. Promotionsförderung mit Betreuungssystem – Projektübersicht

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	
1. Claudia Baumgart	Religion in den Konflikten von Demokratien: Die Fälle Israel und Indien
2. Anna Schor-Tschudnowskaja	Der Begriff des „Fremden“ in der heutigen russländischen Gesellschaft
3. Olaf Melzer	Der Europarat als Instrument der Friedensförderung in einem erweiterten Europa seit 1989 - Konzepte der Demokratisierung, Verrechtsstaatlichung und der Entwicklung des Menschenrechtsschutzes des Europarates in Russland seit 1989
4. Jonas Wolff	Peripher-demokratische Wirtschaftspolitik, sozialer Frieden und ökonomische Krise in Lateinamerika. Eine polit-ökonomische Analyse der Zusammenhänge von Demokratie, neoliberaler Globalisierung und sozialer Instabilität in Argentinien, Chile und Ecuador
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	
1. Heiko Fürst	Konflikt zwischen Deutschland und den Beitrittskandidaten über die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union.
2. Regina Heller	Tracing Causal Mechanism to the Level of Civic Culture in the Russian Federation. An Assessment of Russian Attitudes towards International Human Rights Standards
3. Bernhard-Wilhelm Rinke	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und das „Friedensprojekt“ Europa
4. Katrin Simhandl	Die Politik internationaler Organisationen in der Frage der Roma als „transnationale“ Minderheit im EU-Erweiterungsraum.
Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg	
1. Katharina Gajdukowa	Konfliktlösungspotential von Opfer-Täter-Begegnungsprojekten in der Post-DDR-Zeit
2. Saskia Sell	Qualifizierung zur zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland im Vergleich – Rekrutierung, Aus- und Fortbildung und Bewährung im Einsatz
3. Sascha Werthes	Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktregelung mittels Sanktionen im Rahmen der Vereinten Nationen
4. Meral Gezici	Conflict perception and conflict behaviour – Ethnic minorities and the processes of exclusion and integration

Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
Fon 0541-600 35 42
Fax 0541-600 790 39
info@bundesstiftung-friedensforschung.de
www.bundesstiftung-friedensforschung.de

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung: Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Am Ledenhof 3–5
49074 Osnabrück
Fon 0541-600 35 42
Fax 0541-600 790 39
info@bundesstiftung-friedensforschung.de
www.bundesstiftung-friedensforschung.de